

Gedenkstättenrundbrief

Dezember 1986

Nr. 17



Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.

Gedenkstättenreferat

InhaltsverzeichnisB Zur Diskussion

Wiedergutmachung - Letzter Akt (Klaus Hartung)	3
Statt Mahnmal in Bonn Gedenkstättenarbeit vor Ort	4
Diskussionszusammenfassung des Gedenkstättenseminares in Bonn 20.-23. November zum "Nationalen Mahnmal"	5

C Berichte

Die Gedenkstätte für das Außenkommando des KZ in Wilhelmshaven (Norbert Credé)	7
Die Spur des Giftes - Zwangsarbeitertreffen in Hess. Lichtenau (Christian Proß)	12

D Infos, News

Ministerium warnt vor "Schilderwald" - Streit im Emsland	13
Osthofen: Projektinformation Nr. 3 (Heribert Fachinger)	14
Schörzingen: Ruinen als Zeugen: Elend und Ölschiefer	15
Flecken in Wolfsburgs Geschichte - der "Fall Körbel"	16
Sklavenarbeit in Wetzlarer Betrieben	17
Gedenkstätte erinnert an NS-Lager Heddernheim	19
Wolfenbüttel: Gedenkstätte wird in JVA eingerichtet	19
Holocaust und Rotes Kreuz - Heiner Lichtenstein bittet um Hilfe bei Forschungsarbeiten	20
"Holocaust Memorial Foundation of Illinois" stellt sich vor	21

E Veranstaltungen

Tagungen und Seminare zur Gedenkstättenarbeit	22
---	----

<u>F Literaturhinweise</u>	22
----------------------------	----

G Beilagen

- Hinweis auf eine Fachtagung in Salzgitter/Drütte
- Literaturhinweis: Beiträge zur NS-Gesundheits- und Sozialpolitik
- Neuerscheinung: Projektgruppe für die vergessenen Opfer des
NS-Regimes gibt heraus:

Wiedergutmachung — Letzter Akt

Bericht der Bundesregierung zu den deutschen Wiedergutmachungsleistungen liegt vor / Enttäuschung bei den Betroffenen
Zahlen und Daten über abgelehnte Fälle fehlen / Summarische Abweisung der Wiedergutmachungsanträge von SPD und den Grünen

Von Klaus Hartung

In den letzten Julitagen dieses Jahres tauchte in Bonn eine Frau Vera Kriegl aus Israel auf, eine schöne, energische, bittende Frau. Sie löste in der Bonner Szenerie einen leichten Schock aus, denn es stand in personam die Vertreterin einer fast mythischen Kategorie der Nazi-Opfer vor der Tür: sie war eine Überlebende der sogenannten „Mengele-Zwillinge“. Sie wurde empfangen, ja hofiert. Frau Renger, das Büro Brandt, Frau Hamm-Brücher, der CSU-Abgeordnete Kreile und der grüne Abgeordnete Ströbele widmeten ihr Zeit. Vera Kriegl ist die Sprecherin der Organisation „CANDLE“ („Children Auschwitz Nazis Deadly Laboratory Experiment Survivors“). Sie kam mit Forderungen: „Da wir, die Zwillinge, bis heute nicht genau wissen, was Mengele uns injizierte, oder welcher Art einige seiner Experimente waren, können unsere Krankheiten nicht zufriedenstellend behandelt werden... Wir rufen die Regierung auf, sofort in ein ernsthaftes Gespräch mit uns einzutreten, welches das Ziel haben muß, einen angemessenen Betrag als Entschädigungssumme für jeden Zwilling festzusetzen.“ Keine neue Forderung. Sie brachte einen Briefwechsel mit dem Bundesfinanzministerium mit, in dem sie in dünnen Worten über das Bundesentschädigungsgesetz und Kabinettsbeschlüsse belehrt wurde, wonach keine berechtigten Ansprüche mehr bestünden. In Bonn wurde ihr Betroffenheit und Engagement angeboten. Eine Korrektur der Wiedergutmachung sei auf dem parlamentarischen Weg.

Vorgeschichte

Zur selben Zeit stand der Bericht des Bundesfinanzministers „über die haushaltsmäßigen Auswirkungen“ der sozialdemokratischen und grünen Anträge zur Wiedergutmachung vor. Auf knapp 16 Seiten postulierte das Finanzministerium, daß alle Anträge zur angemessenen Versorgung von NS-Opfern schlicht zu teuer seien. In einer nur dem Ministerium bekannten Rechnung wurde eine Haushaltsbelastung von elf Milliarden Mark pro Jahr angenommen. Gar nicht zu denken an die Entschädigung der Zwangsarbeiter: „auch die bescheidenste gesetzliche Regelung... würde nicht absehbare Kosten verursachen.“ Der Bericht kam zum Schluß, daß die Wiedergutmachung als eine „insgesamt (!) befriedigende und damit abschließende Regelung betrachtet werden müsse“. Mit seinem polemischen Zahlenwerk und seiner provozierenden Kürze löste dieser Bericht bei den Abgeordneten Empörung aus. Eine Empörung, die der CSU-Abgeordnete Kreile, Vorsitzender im Finanzausschuß, geschickt wendete. Alle Entschädigungsanträge wurden zunächst einmal kassiert und dafür die Bundesregierung zu einem neuen, endlich korrekten Bericht über den Stand der Wiedergutmachungsleistungen aufgefordert. Termin: 1.11.86. Mit diesem Verfahren hatte die Bundesregierung zunächst einmal erneut einen Verzögerungsgewinn erzielt. Christian Ströbele bekannte in der Bundestagdebatte von 26.6 seine Scham „für diese Art von Parlamentarismus“. Allen Verfolgten, „auch der Frau aus Israel“, müsse er sagen, dieser „10. Deutsche Bundestag ist die falsche Adresse“, denn „kaltstanzend, eiskalt wird mit dem Faktor Zeit operiert“.

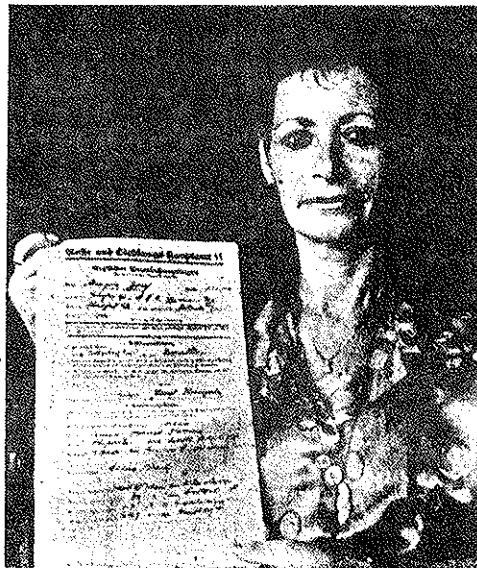
Antwort von Vera Kriegl

Dieser Bericht der Bundes-

regierung liegt nun vor, erstellt unter der Federführung von Frau Süssmuth. Er ist eine Fleißarbeit von 156 Seiten, entspricht zumindest formell dem Auftrag des Bundestages. Die Ministerialen haben wahrgenommen, daß es eine aufmerksam gewordene Öffentlichkeit gibt, haben auch den Besuch von Frau Kriegl zur Kenntnis genommen. Und zwar so: „Als sogenannte Zwillingenversuche waren bisher lediglich solche, im Konzentrationslager Auschwitz unter Verantwortung von Dr. Mengele an Zwillingen vorgenommene Untersuchungen bekannt, in denen Messungen körperlicher Merkmale und Analysen von Körperflüssigkeit vorgenommen worden waren, ohne das dies zu dauerhaften Gesundheitsschäden geführt hätte. Zwillingenversuche dieser Art stellen daher keine pseudo-medizinischen Versuche im Sinne des Kabinettsbeschlusses von 1951 dar, sofern nicht im Einzelfall den Menschenrechten und der medizinischen Ethik widersprechende gesundheitsschädigende Eingriffe mit Versuchskarakter hinzutreten.“ In Menges kleinem Auschwitz Institut wurden im Prinzip medizinische Tests veranstaltet, die — abgesehen von der nicht weiter erwähnenswerten Tatsache, daß ein großer Teil der Probanden ins Gas ging — nicht gesundheitsschädigend waren. Einzelfälle kann es geben, aber schließlich hat Menges wissenschaftlicher Chef, Prof. von Verschuren alle Unterlagen 1945 verbrannt. Frau Kriegl kann nun sehen, wie sie die Experimente nachweist, wie sie erklärt, was ihr jetziger Gesundheitsschaden mit irgendwelchen gesundheitsschädigenden Experimenten zu tun hat.

Der Bericht der Bundesregierung ist eine Verteidigungsschrift der bisherigen Wiedergutmachung. Daß es noch unabgeklärte Ansprüche von Opfern gibt, wird nicht als Auftrag, sondern als Problem begriffen. Zunächst beweist der Bericht, daß der ganze Komplex der Wiedergutmachungsregelungen eine Angelegenheit von Spezialisten ist und es auch zu bleiben hat. Der gesamte historische Teil — durchgehend apologetisch — stellt die Geschichte der Gesetzgebung und der Verordnungen als einzigen Triumphzug dar: „Trotz dieser Schwierigkeiten ist ein Gesetzeswerk gelungen, das nahezu alle durch das NS-Unrecht verursachten Schäden erfaßt.“ In diesem „Nahezu“ wird großzügig verschluckt, was seit Jahrzehnten die Wiedergutmachung in Verfall gebracht hat.

Die triumphalistische Berichterstattung muß sich die kritischen Details ersparen. So heißt es schlicht: „Die Bundesrepublik übernahm nach ihrer Gründung die Wiedergutmachungsgesetzgebung der Alliierten Mächte.“ Die historische Wahrheit ist anders: Die westlichen Schutz-mächte hatten bei der Gründung der Bundesrepublik erheblichen Druck ausgeübt, daß die alliierten Entschädigungsgesetze übernommen werden. Weiterhin warden alliierten Regelungen weitreichender und gerechter. Beispiel die Rückerstattung von Vermögenswerten wurden in der amerikanischen Besatzungszone grundsätzlich dem Anrufer aufgelegt. Abgesehen von diesem Detail verfälscht der Bericht die Geschichte der Wiedergutmachung: statt Hinhaltenakt und später die wiederholten Versuche, Schlußstriche zu ziehen, malt er ein Bild unermüdlicher gesetzgeberischer Großzügigkeit.



Die Sprecherin der Organisation der „Mengele-Zwillinge“, Vera Kriegl, hatte die Bundesrepublik bereits, um 20.000 Dollar Soforthilfe für gesundheitliche Probleme der Opfer des KZ-Arzt zu erlangen. In dem Bericht der Bundesregierung heißt es jetzt über diese Opfergruppe, daß sie „bereits eine Beihilfe erhalten“ hätten, bzw. „sich nicht in einer wirtschaftlichen Notlage befinden“. Foto: ap

der Bericht an keiner Stelle dieser 156 Seiten die Fragwürdigkeit der Prinzipien thematisiert. Der selektive Begriff vom „typischen NS-Unrecht“ wird mit Selbstverständlichkeit gebraucht. Aber wegen dieses Begriffs fielen Verfolgte unter das „Allgemeine Kriegsfolgenrecht, mit seinen geringen Leistungen, und nicht unter das Bundesentschädigungsgesetz.“

Nicht hinterfragt wird das Prinzip der Entschädigung nach sozialem Status („sozialer Erwartung“) und nach den zu erwartenden Beförderungen. Diese soziale Staffelung machte aus einem armen Verfolgten einen noch ärmeren Entschädigten. Zugespitzt kann gesagt werden: für NS-Opfer war es durchaus von Nachteil, 1933 nicht beamtet gewesen zu sein.

Schon gar nicht problematisiert der Bericht die verheerende Koppelung von Schaden und Verfolgung. Da diese Koppelung immer nachgewiesen werden mußte, war sie ein Büchse der Pandora für Bürokratismus und Prozeßsucht. Nach wie vor kann man nur ahnen, was das Gutachtenwesen, die Prozesse durch alle Instanzen gekostet haben. Ganz zu schweigen von der Tatsache, daß KZ-Häftlinge sich von ehemaligen Nazi-Ärzten begutachten lassen mußten und ihre Sache ehemaligen Nazirichtern anzuvertrauen hatten.

Macht

Die Fleißarbeit geht einher mit bürokratischer Faulheit. Die Leistungen werden zahlenmäßig und inhaltlich dargestellt. Bei Ablehnungen, bei Nicht-Leistungen überhaupt ist der Bericht vage. Zum „Stand der Rückerstattungsverfahren“ heißt es: „Es bestehen keine Erhebungen über Art und Umfang der Ansprüche und über den Erfolg (Sprich: Mißerfolg) der Anträge.“ Aber genau diese Angaben sind den Anträgen in den Archiven zu entnehmen. Zu dem Komplex „Wiedergutmachung für Angehörige des öffentlichen Dienstes“ wird gesagt: „35 v.H. wurden abgelehnt und 10 v.H. fanden anderweitige Erledigung“. Warum? Angeblich lassen sich Angaben nicht erlangen. Aber wegen dieser Angaben wurde der Bericht angefordert. Auf Seite 85 wird behauptet, der Zentralrat der Sinti und Roma habe keine be-

vor. Da war die Schlußfrist 1973.

Zynismus

Der sachliche Oberton des Berichtes ist brüchig. Da sind Untertöne. Bräunliche z.B. Es wird von „jüdisch versippt“ gesprochen, die „Asozialen“-Listen der Nazis werden aufgeführt. Beunruhigender ist der bürokratische Zynismus: Zwangssterilisierte seien nicht erwerbsgemindert. Punkt. Zum Verfolgtenkreis der Homosexuellen wird zunächst festgestellt, daß durchgeführte Strafverfahren „weder NS-Unrecht noch rechtsstaatswidrig“ seien. Dann wird gesagt, es seien — nach einer Medienaktion — nur 9 Eingaben von homosexuellen Einsendern in Sachen Wiedergutmachung erfolgt. Der Schluß der Behörde: „Der Kreis der durch KZ-Haft betroffenen Homosexuellen (sei eben) wesentlich kleiner“. Die Behörde braucht den rosa Winkel im KZ nicht zur Kenntnis zu nehmen. Mit anderen Worten: hier wird die Wiedergutmachung geradezu benutzt, um Verfolgung zu leugnen.

Versteckte Polemik

Ein zentraler Widerspruch des Berichtes: Es wird festgestellt (S.18), daß die „Aufklärung der inzwischen viele Jahrzehnte zurückliegenden Vorgänge... nahezu unmöglich geworden ist.“ Da nun, wie der Bericht es immer wieder leidig zur Kenntnis nimmt, noch jetzt Opfer Ansprüche anmelden, ergibt sich — an sich logisch — die Veränderung des Wiedergutmachungsprinzips: Ab-

kehr von dem Nachweis des Zusammenhangs von Verfolgung und Schädigung und Sicherung eines einigermaßen würdigen Lebensabends der Opfer. Darauf zielen die rentenartigen Regelungen (auf der Basis einer Stiftung) in den Anträgen der Grünen und der SPD. Aber dagegen ist ja der Bericht geschrieben. Eine versteckte Polemik: an drei Stellen (S. 96, 97, 101) wird betont, daß eine solche Regelung dem Gleichheitsgrundsatz widerspreche. Wers also jetzt fordert, weil er etwas braucht, wird abgewiesen, weil andere, namenlose NS-Opfer möglicherweise nichts erhalten haben.

Jetzt schon — nach dem ersten Schock der Lektüre des Berichtes — häufen sich die Proteste der Betroffenen. Die VVN verlangt erneut eine Anhörung der Opfer. Der Zentralrat der Sinti und Roma ist empört und hat für die nächste Woche eine Pressekonferenz angekündigt. Der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde Berlin, Galinski, intervenierte bei Ministerin Süssmuth.

Sollte dieser Bericht das letzte Wort hinter der Wiedergutmachung sein, dann wäre er der unwürdige, aber adäquate Abschluß jener „zweiten Verfolgung“. Vera Kriegl hat „drastische Aktionen“ bei ihrem Besuch in Bonn angekündigt, falls nichts geschehe. Sie selbst denkt an einen Hungerstreik vor dem Bundesthaus. Ob das die Härterzigkeit der Schlußstrichzieher erschüttern kann?

B Zur Diskussion

Entschädigung bleibt eine Farce

Richter nennt Regierungsbericht zur Entschädigung von NS-Opfern „schönfärbend und verschleiend“

Aus Bonn: Urael Meher

Heinz Düx, Vorsitzender Richter am Frankfurter Landesgericht für Entschädigungsfragen, und der grüne Abgeordnete Ströbele haben gestern schwere Vorwürfe gegen den Bericht der Bundesregierung über Wiedergutmachung und Entschädigung für nationalsozialistisches Unrecht erhoben. Das Ganze sei „ein in glatter Beamtenpraxis produziertes Elaborat“, sagte Düx — „schönfärbend, lobhudele, problemumgehend und verschleiend“. Der Bericht nehme überhaupt nicht zur Kenntnis, daß ganze Gruppen vom NS-Staat verfolgt völlig leer ausgegangen seien. In „anmaßen-

dem Selbstlob“ werde nur behauptet, die Wiedergutmachung sei eine historische einzigartige Leistung gewesen, die die „Anerkennung der Verfolgtenverbände“ gefunden habe.

Erstattet wurde der Bericht von Familienministerin Süssmuth. Pressesprecher Möbes wies dennoch jegliche politische Verantwortung von sich: Der Bericht sei im Finanzministerium erstellt worden, im Hause Süssmuth gebe es keinen Referenten, der damit befaßt sei. Der Finanzminister habe immer betont, er sei in dieser Frage zuständig und wolle den Bericht nach außen hin vertreten.

(beides taz, 13.11.86)

Statt Mahnmal in Bonn Gedenkstätten vor Ort

Treffen verschiedener Gedenkstätten-Initiativen in Bonn / Kaum staatliche Unterstützung beim Versuch, in ehemaligen KZs vor Ort erfahrbare und den Opfern angemessene Gedenkstätten zu errichten / Kritik an „Nationalem Mahnmal“

Aus Bonn Ursel Sieber

Sie arbeiten meist im stillen und, wenn überhaupt, mit sehr, sehr wenig Geld: Die Gedenkstätten-Initiativen. Am Wochenende trafen sich einige Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen aus den Gedenkstätten der ehemaligen Konzentrationslager Neuengamme, Breitenau, Dachau, Emsland und anderen mehr in Bonn. Es war ihr sechstes Koordinationstreffen. Erfahrungen wurden ausgetauscht, sie haben sich gegenseitig Mut gemacht und auch zum umstrittenen „Mahnmal für die Opfer des Krieges und der Gewalt Herrschaft“ Stellung bezogen, das die Bundesregierung in der Rheinaue, unweit des Regierungsviertels, errichten möchte.

Anders als in Polen oder in der DDR ist die Gedenkstättenarbeit in der Bundesrepublik — mit Ausnahme von Dachau — erst etwa sechs Jahre alt. Ein genauer Überblick ist schwierig, die Zahl der Initiativen wird auf 80 bis 100 geschätzt. Gemessen an den 1634 Konzentrationslagern und KZ-Außenstellen, die es laut Bundesentschädigungsgesetz auf dem ehemaligen deutschen „Reichsgebiet“ gab, nur ein kleiner Anfang. Selbst die bestehenden Gruppen, von denen einige Mitarbeiter/innen die Verfolgung des Faschismus am eigenen Leibe verspürt haben, „stoßen bei ihrer Arbeit jedoch immer noch auf konkrete Widerstände und finden zu wenig staatliche Unterstützung“, erläutert Thomas Lutz, der für die Aktion Sühnezeichen die Gedenkstättenarbeit betreut. Und dies, obwohl die Gedenkstätten am Ort des Geschehens „einen unverzichtbaren Beitrag“ für ein historisch-politisches Bewußtsein leisten. Geschichte soll „erfahrbar“

werden, und da kann der Besuch in einer Gedenkstätte in der unmittelbaren Umgebung eine intensivere Auseinandersetzung mit der Vergangenheit hervorrufen als die Klassenfahrt ins Museum.

Nur zehn Gedenkstätten-Initiativen arbeiten „hauptamtlich“, d. h. mit einigen festen Mitarbeitern. In Neuengamme beispielsweise sind der Leiter und zwei Aufsichtspersonen ganztags beschäftigt, zur Betreuung von Gruppen gibt es zwei halbe Stellen und dazu noch studentische Hilfskräfte auf Honorarbasis, zählt Thomas Lutz auf. 50 000 Besucher/innen kommen jährlich zu diesem früheren Ort des Grauens. Thomas Lutz zieht einen Vergleich mit dem Museum für Hamburgische Geschichte, um zu zeigen, „wie wenig diese Arbeit ernstgenommen wird“: „Dort gibt es 35 Stellen mit 100 000 Besuchern im Jahr“. Doch die Schwierigkeiten, auf die die Initiativen stoßen, gehen über das Finanzielle hinaus. Thomas Lutz nennt als Beispiel das ehemalige KZ Drütte, ein Außenlager von Neuengamme auf dem Gelände der Hermann-Göring-Werke, das heute inmitten des Werksgeländes des bundeseigenen Konzerns Salzgitter-Peine steht. „Der Arbeitskreis Stadtgeschichte möchte dort eine Gedenkstätte errichten und bekommt das nicht gestattet“, so Thomas Lutz — weil jene dann auf dem Werksgelände liege und die Hochstraße, unter der die Häftlinge eingesperrt waren, plötzlich abgerissen werden solle. Und dabei, so Lutz, könnte das Gebiet so abgesperrt werden, daß der Zugang von außen möglich wäre. Die Bundesregierung hat es in einem Schreiben an den Innenausschuß

inzwischen abgelehnt, eine Gedenkstätte in Salzgitter-Drütte in irgendeiner Weise finanziell zu unterstützen. Stattdessen plante sie, das Nationale Mahnmal, das die Gedenkstätten-Initiativen entschieden ablehnen. Die notwendige Differenzierung zwischen Tätern und Opfern werde „bis zur Unkenntlichkeit“ verwischt, heißt es in einer am Wochenende verabschiedeten Erklärung. „Es ist unangemessen, derer zu gedenken, die verfolgt wurden, und gleichzeitig derer, die durch ihre Handlung die Verfolgung erst möglich gemacht haben“. Die Initiativen sehen in dem geplanten Mahnmal den Versuch, „nationale Identität durch Relativierung der Nazi-Verbrechen“ zu stiften: „Es soll kein Stein des Anstoßes sein, sondern der Schlußstein der Beschäftigung mit der NS-Geschichte“, faßt Thomas Lutz zusammen. Für diese Legislaturperiode ist das Mahnmal auf Eis gelegt. Der für die SPD-Fraktion zuständige Abgeordnete Peter Conradi, der die Errichtung eines zentralen Mahnmals in Bonn nicht „prinzipiell“ ablehnt, sagt heute, er werde seiner Fraktion empfehlen, „die Sache nicht weiter zu verfolgen, weil mit dieser Bundesregierung kein Konsens erreichbar ist“. Conradi denkt inzwischen an eine Dokumentationsstätte, ein sogenanntes „Denkhaus“, das mit dem geplanten Deutschen Historischen Museum in Bonn in Zusammenhang steht. Für die Grünen ist der Raum geschaffen, ihren Vorstellungen Nachdruck zu verleihen: Statt einer zentralen Gedenkstätte wollen sie gerade eine Förderung der Gedenkstätten-Arbeit vor Ort erreichen.

Aktion Sühnezeichen Friedensdienste e.V. 5

Jebensstraße 1, 1000 Berlin 12
Telefon: (030) 31 02 61

Postscheckkonto Berlin West Nr. 675-103
Bank für Sozialwirtschaft
Konto Nr. 31 137-00, BLZ 100 205 00

Vom 20. bis 23. November 1986 hat das achte Koordinierungstreffen der Gedenkstätten und -Initiativen für die Opfer des NS-Regimes in Bonn stattgefunden, an dem Vertreter von zehn Gedenkstätten, verschiedenen Organisationen und Einzelpersonen teilgenommen haben.

Ein intensiver Diskussionspunkt war die Haltung der Gedenkstätten zu dem in Bonn geplanten zentralen Mahnmal für die Opfer der Kriege und der Gewaltherrschaft. Folgende Position wurde herausgearbeitet:

Alle gegenwärtigen Planungen für ein zentrales Mahnmal für die Opfer des Krieges und der Gewaltherrschaft in Bonn werden grundsätzlich und entschieden abgelehnt.

Durch das geplante Denkmal wird die notwendige Differenzierung zwischen Tätern und Opfern bis zur Unkenntlichkeit verwischt. Es ist unangemessen, derer zu gedenken, die verfolgt wurden, und gleichzeitig derer, die durch ihre Handlung die Verfolgung erst ermöglicht haben. Ein derartiges Mahnmal stellt eine Beleidigung aller Verfolgten des NS-Regimes dar. Damit bietet es keinerlei Möglichkeit, zu einer würdigen Ehrung und zu einer Aussöhnung zu gelangen.

Darüber hinaus ist das geplante Mahnmal eine Zumutung für Gäste aus den Ländern, die vom deutschen Faschismus überfallen wurden. Es ist für sie unzumutbar, an einem Ort Kränze niederzulegen, an dem auch der Mörder ihrer eigenen Staatsangehörigen gedacht werden soll.

In der Bundesrepublik Deutschland ist noch immer die moralische Anerkennung der Verfolgten des NS-Regimes und deren materielle Entschädigung nicht umfassend erfolgt. Es steht zu befürchten, daß mit dem Bau des zentralen Mahnmals in Bonn diese beschämende Realität bestärkt wird.

Das geplante Denkmal steht im Zusammenhang mit dem Versuch, nationale Identität durch Relativierung der Nazi-Verbrechen zu stiften. Dies zeigt sich in der Entlastung von geschichtlicher Verantwortung durch den Verweis auf das eigene Geburtsdatum, die inszenierte "Versöhnung" von Mördern und Ermordeten auf dem Soldaten-Friedhof in Bitburg und die Leugnung der Singularität der Nazi-Verbrechen in der jüngsten öffentlichen Diskussion. Ein erstes Ergebnis dieser Entwicklung ist das manifeste Auftreten von Antisemitismus.

Ein Denkmal kann nicht leisten, ein historisch-politisches Bewußtsein zu vermitteln. Dies ist aber gerade angesichts der momentanen gesellschaftlichen Situation notwendig.

Die regionalen Gedenkstätten, die zumeist am Ort des Geschehens arbeiten, leisten durch ihre präzise Erinnerung einen unverzichtbaren Beitrag für dieses Bewußtsein. Sie stoßen aber bei ihrer Arbeit immer noch auf konkrete Widerstände und finden zu wenig staatliche Unterstützung.

Nicht ein steinernes Zeichen ist notwendig, sondern eine lebendige und kontroverse Diskussion. Diese hat gerade erst begonnen. 40 Jahre nach der Befreiung werden viele Fragen erst aufgeworfen, die vorher zuwenig diskutiert worden sind. An diesem Ansatz gilt es weiter zu arbeiten.

Th. Lutz

(Thomas Lutz)

Impressum:

Aktion Sühnezeichen/Friedensdienste e.V.
Redaktion: Thomas Lutz

Jebensstraße 1
1000 Berlin 12

Tel.: 030 - 310261

Spendenkonto:

Postscheckkonto Berlin West Nr. 675-103
Bank für Sozialwirtschaft
Konto Nr. 31 137-00, BLZ 100 205 00

Die Gedenkstätte für das Außenkommando des Konzentrationslagers Neuengamme in Wilhelmshaven.

Als am 5. Juni 1983 eine Gruppe Franzosen ein vergessenes, überwuchertes Grundstück am südwestlichen Stadtrand Wilhelmshavens aufsuchte, wurde auch diese Stadt an ihre Vergangenheit erinnert, denn die Mitglieder der Gruppe waren Vertreter der "Amicale française de Neuengamme", der Vereinigung ehemaliger Gefangener im Konzentrationslager Neuengamme, von dem in Wilhelmshaven ein Außenlager in der Zeit von September 1944 bis April 1945 bestand. Die ehemaligen Insassen dieses Lagers kehrten nun im Rahmen ihrer jährlichen Gedenkfahrt zum ersten Mal an die Stätte ihrer Leiden und Erniedrigung in Wilhelmshaven zurück, wo sie Zwangsarbeit für die Kriegsmarine leisten mußten, um die Kriegsmaschinerie des Nazi-Regimes in Gang zu halten.

Die Folge dieses Besuchs war, daß sich eine Arbeitsgruppe von Gewerkschaftern des Deutschen Gewerkschaftsbundes intensiver um eine Aufklärung der Vergangenheit bemühte, vom Stadtarchiv und anderen Stellen versucht wurde, die damaligen Ereignisse zu rekonstruieren, ja sogar eine Schulklasse der IGS Wilhelmshaven im Rahmen einer Projektwoche zum Thema "Frieden" vor Ort Spuren des ehemaligen Lagers entdeckte, erhaltene Grundmauern und andere Gebäudereste. Alle forderten sie eine Gedenkstätte für die Opfer des Konzentrationslagers am Banter Weg, die einem Vorschlag des DGB zufolge kurzfristig durch Freilegung der Gebäudereste, Anlage schmaler Wege, Beibehaltung des Wildwuchses und die Aufstellung von Gedenksteinen und Sitzgelegenheiten geschaffen werden könnte. Langfristig sei eine Errichtung eines Dokumentationszentrums anzustreben.

Nachdem einige Ortsbesichtigungen, Forschungsarbeit und Planungstätigkeit Licht in die Geschichte des Lagers gebracht hatte, einigte man sich bei der Stadtverwaltung und im Rat der Stadt schnell und problemlos auf den Aufbau einer schlichten Stätte des Andenkens am Ort des ehemaligen Lagers, die am 18. April 1985 unter Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit und von Vertretern der "Amicale française" eingeweiht wurde.

Zuvor war der Platz von einer internationalen Jugendgruppe im Rahmen eines Workcamps des Internationalen Jugendgemeinschaftsdienstes gestaltet worden. Neben den freigelegten Grundmauern und Fußbodenresten eines ehemaligen Lagergebäudes wächst eine von der "Amicale française" gepflanzte Trauerbuche. Zur Information und Aufklärung der Besucher bekam eine Tafel dort ihren Platz, die über das Lager am Banter Weg und das System der Konzentrationslager berichtet. Die Patenschaft übernahm die GEW Wilhelmshaven, die seither dafür Sorge trägt, daß immer wieder freiwillige Schülergruppen durch die Pflege des Platzes auch von der Vergangenheit lernen können.

Nach den bisherigen Erkenntnissen läßt sich die Geschichte des Außenlagers Wilhelmshaven recht klar dokumentieren. In einem im Mai 1939 aufgebauten, für Dienstverpflichtete und verschleppte ausländische Arbeiter vorgesehenem Barackenlager wurde im September 1944 ein Teil der Häuser abgeteilt und mit einem gesonderten Stacheldrahtzaun versehen. Die genaue Lage des KZ konnte durch Aussagen und Berichte ehemaliger Häftlinge und einiger weniger Zeitzeugen, die sich noch fanden, sowie mit Hilfe alliierter Luftaufnahmen rekonstruiert werden.

Rund 1.200 Gefangene wurden am 17. September 1944 von Neuengamme nach Wilhelmshaven verlegt, um den Arbeitskräftebedarf der Kriegsmarinebetriebe zu decken. In den Totenlisten und Friedhofsbüchern sind rd. 250 Namen nachgewiesen von Gefangenen, die durch die Arbeit oder durch unmittelbare Gewalt umgekommen sind. Daß es "eiskalt geplanter und berechneter Mord" war, wie der damalige Stadtdirektor betonte, geht schon aus einem der wenigen noch erhaltenen Dokumente hervor, demzufolge die Lagerleitung (sie bestand aus SS-Offizieren, während die Bewacher offenbar Reservisten der Marineartillerie waren) um einen Beerdigungsplatz in der Nähe des Lagers nachsuchte. Als Begründung führte sie an, daß sich die Anlage eines lagereigenen Friedhofs schon deshalb lohne, weil man monatlich 25 bis 30, später sogar 50 bis 60 Tote garantieren könne. Den ersten Eindruck, den das Lager auf die ankommenden Häftlinge machte, schilderte einer von ihnen, ein Franzose 1946 so:

"Das Lager war früher ein Zentrum der Hitlerjugend gewesen. Es war aufgebaut wie eine Kasernenanlage, mit Reihen langer Baracken, recht gut ausgestattet und mit einem größeren Gebäude in der Mitte, das wohl mal für Konferenzen oder Konzerte diente." (Léonard Cottrell, a.a.O., S. 11; Übers. v. Verf.)

Diese Zeiten waren allerdings nun vorbei, das Lagerleben war hart und brutal, wie anderswo auch. Das Essen war schlecht, ohne Nährwert, ausgezehrt und hungrig mußten täglich mehrere Kilometer Fußmarsch zur Werft zurückgelegt werden, wo die Gefangenen von 6.15 bis 12.00 und von 12.30 bis 18.00 ohne Pause arbeiten mußten. Auch die Suppe auf der Werft war hauptsächlich Wasser, ein wenig Kohl schwamm darin, so daß viele vor Hunger und aus Entkräftung zu Schmieröl griffen, um wenigstens ein bißchen Fett zu sich zu nehmen. Viele starben so, andere wurden durch Arbeit in den Tod getrieben, wieder andere wurden einfach erhängt, aus nichtigen Gründen meist, oder im Feuerlöschteich des Lagers im Winter zwischen den Eisbrocken von sadistischen SS-Aufsehern totgequält.

Nachdem die Luftangriffe auf die Stadt an Zahl und Intensität zunahmen und auch das Lager Treffer erhielt, entschloß sich die SS am 15. April 1945, das Lager zu evakuieren.

Die Kranken und Verletzten wurden in Viehwaggons der Bahn gepfercht, 450 Mann in vier Wagen, rd. 120 in einem Raum der höchstens 40 Leuten Platz bot, 5 Tage und 5 Nächte ohne Nahrung und ohne Wasser, keine ärztliche Versorgung der Verwundeten, das waren die Bedingungen der Evakuierung. Diejenigen, die auf dem Transport noch nicht starben, kamen auf dem Lüneburger Bahnhof bei einem Luftangriff ums Leben; nur rd. 100 Überlebende wurden in das KZ Bergen-Belsen weitertransportiert, das am 15. April 1945 von englischen Truppen befreit wurde. Die anderen, mehr oder weniger willkürlich für "gesund" erklärten verließen Wilhelmshaven am gleichen Tag zu Fuß. 650 Mann trieben SS-Wachmannschaften in drei Tagen nach Bremen-Farge, einem anderen Außenlager des Neuengammer KZ. Wer nicht mehr laufen konnte wurde kurzerhand erschossen und im Straßengraben liegengelassen. Aus Bremen sollte der Marsch ins Stammlager nach Hamburg gehen, da auch dieses geräumt wurde, wurden die Überlebenden Gefangenen, die auf ihrem Weg auch ständig Tieffliegerangriffen ausgesetzt waren, von Hamburg in offenen Viehwaggons nach Bremervörde und von dort erneut zu Fuß nach Sandbostel gebracht. Die Zustände in diesem Lager waren jedoch so katastrophal, daß die SS-Wachen beschlossen, die Odyssee fortzusetzen. Die Franzosen aus Wilhelmshaven waren längst mit Gefangenen anderer Nationalitäten gemischt worden. Nun mußten alle bei Stade an Bord eines Schiffes, der "Olga Siemer" gehen. Der Kohlenfrachter brachte sie nach Kiel, die Toten dieser Fahrt wurden einfach in den Kohlenladerraum geworfen. Doch auch hier kann man nicht bleiben, da Kiel starken Bombenangriffen ausgesetzt ist. So werden die Häftlinge weitergetrieben, erst nach Flensburg, dann wieder auf die See hinaus. Dort werden sie am 10. Mai von einem schwedischen Schiff aufgenommen. Die Zeit der Leiden ist vorüber, jedenfalls für die wenigen, die Überleben konnten.

An die Toten erinnert in Wilhelmshaven auf dem Friedhof Aldenburg, auf dem einige von ihnen begraben waren, ein Mahnmal. An die Opfer der sinnlosen und brutalen Evakuierung, die in den Gräben der Landstraßen und am Rand der Eisenbahnstrecken Ermordeten erinnern keine Gedenksteine. Aber auch sie sind nicht vergessen. Damit sie es auch in Zukunft nicht sein werden, steht auf dem ehemaligen Lagergelände am Banter Weg in Wilhelmshaven eine Gedenkstätte: Mahnung, Gedenken und Aufklärung, um eine Wiederholung von Faschismus und Krieg zu verhindern. Ganz besonders in einer Stadt wie Wilhelmshaven, deren Geschichte von Marine und Aufrüstung geprägt ist, von Kriegsleid und Zerstörungen. In diesem Sinn besteht weiter die Aufgabe, die Gedenkstätte nicht nur zu pflegen, sondern ihre Absichten und Ziele stärker im Bewußtsein der Bevölkerung und besonders der jüngeren Generationen zu verankern.

Neben der Gedenkstätte ist in Wilhelmshaven auch eine ständige Ausstellung im Küsten-Museum der Stadt zum Thema der Verfolgung im nationalsozialistischen Wilhelmshaven eingerichtet worden. Das Kulturamt der Stadt hat eine Dokumentation "Außenkommando Wilhelmshaven des Konzentrationslagers Neuengamme" herausgegeben, die neben Dokumenten zur Errichtung der Gedenkstätte und den Ansprachen auf der Gedenkfeier zur Eröffnung auch Ausschnitte aus Häftlingsberichten in Wilhelmshaven Inhaftierter enthält. Sie ist zum Preis von DM 8,- über das Küsten-Museum der Stadt Wilhelmshaven, City-Haus, 2940 Wilhelmshaven, zu beziehen.

Verwendete Literatur

- Stadt Wilhelmshaven. Der Oberstadtdirektor (Hrsg.): Dokumentation Außenkommando Wilhelmshaven des Konzentrationslagers Neuengamme. Wilhelmshaven o.J. (1986)
- Historischer Arbeitskreis des DGB Wilhelmshaven (Hrsg.): KZ Wilhelmshaven - Dokumente Hrsg. v. H.Büsing. Wilhelmshaven 1985²
- Léonard Cottrell: L'homme qui revient de Belsen. Description basée sur les souvenirs de Harold LeDruillenec est le seul survivant britannique du camp allemand de Bergen-Belsen. BBC London, 12.April 1946
(Der Mann, der aus Belsen heimkehrte. Die Erinnerungen von Harold LeDruillenec, der als einziger britischer Staatsbürger das deutsche Lager in Bergen-Belsen überlebte. Eine Sendung der BBC London vom 12.April 1946)
- Suchowiak, Bogdan: Mai 1945: Die Tragödie der Häftlinge von Neuengamme. Reinbek bei Hamburg 1985
- Comité Directeur de l'amicale de Neuengamme (Hrsg.): Guide du camp de concentration de Neuengamme et ses commandos. Paris 1967
- N'oublions jamais. Bulletin de l'amicale de Neuengamme. Paris
(Übersetzungen jeweils vom Verfasser)

Christian Proß

Die Spur des Gifts

Die Einwohner von Hessisch Lichtenau können ihr Trinkwasser nicht mehr trinken, es ist vergiftet. Das Gift stammt aus einer ehemaligen Munitionsfabrik im nahegelegenen Wald. Doch nicht nur Gift ist übriggeblieben, sondern auch eine verdrängte Vergangenheit. Die Munitionsfabrik war ein KZ-Außenlager. Lichtenauer Bürger haben die Spur der überlebenden Sklavenarbeiter aufgenommen und sie zu einem Treffen eingeladen: 110 ehemalige Sklavenarbeiter trafen sich vor zwei Wochen.

Hessisch Lichtenau — Urlaub im Märchenland von Frau Holle — so wirbt eine Broschüre des Fremdenverkehrsamtes. Zwischen Kassel und dem wunderschönen Meißnerbergland, wo Frau Holle einst ihre Federn schüttelte, liegt diese Kleinstadt, ein Ensemble perfekt renovierter Fachwerkhäuser mit einer gotischen Pfarrkirche. „Hier hat die Geschichte noch Zukunft“, heißt es in der Broschüre.

Dieser Satz hat für die Bewohner von Hessisch Lichtenau nun einen anderen Klang. Vor einigen Jahren wurden in Grund- und Trinkwasser erhöhte Konzentrationen von Nitrotoluol gemessen. Das Nitrotoluol stammt aus Rückständen der Sprengstoffproduktion im Krieg aus der im Wald versteckten Munitionsfabrik Hirschhagen. Die ökologische Bedrohung und die dunkle Vergangenheit waren zunächst zwei Dinge. Es bildete sich eine „Bürgerinitiative für giftfreies Trinkwasser“.

Ungefähr 6.000 Tonnen Sprengstoffabfälle liegen auf einer Halde mitten im Wald bei Hirschhagen, inzwischen überlagert vom Schleifschlamm einer heutigen Baufirma. Heute kostet der Liter Trinkwasser in Lichtenau fast eine Mark mehr als anderswo. Aber nicht deswegen ist die kleinstädtische Idylle zerbrochen. Zur selben Zeit erschien das Buch eines in Lichtenau ansässigen Lehrers: Dieter Vaupel dokumentierte die Geschichte des Außenkommandos Hessisch Lichtenau, das zum KZ Buchenwald gehörte. Ihm entstammten die „Arbeitskräfte“ für die Munitionsfabrik Hirschhagen. Vom Sommer 1944 bis zum März 1945 arbeiteten und starben etwa 1.000 jüdische Frauen aus Ungarn, die vom KZ Auschwitz „überstellt“ waren.

Wegen der rötlich-gelben Farbe von Haaren, Augen und Haut wurden die Arbeiterinnen und Arbeiter „Kanarienvögel“ genannt.

Im Wald neben dem Nachbarort Hirschhagen stand zwischen 1938 und 1945 eine der drei größten Munitionsfabriken des „Dritten Reiches“. In ihr arbeiteten ungefähr 8.000 Menschen, dienstverpflichtete Deutsche, Franzosen, Holländer, russische Kriegsgefangene und jüdische KZ-Häftlinge, gegen Kriegsende zur Hälfte Frauen. Jährlich wurden zu dieser Zeit etwa 29.170 Tonnen Trinitrotoluol (TNT) sowie 2.074 Tonnen Pikrin produziert und in Granaten, Minen und Bomben abgefüllt. Es wurde ohne ausreichende Entlüftung und Arbeitsschutzkleidung gearbeitet. Der Staub von TNT und Pikrin wurde eingeatmet und drang durch die Haut in den Körper ein. Haare, Augen und Haut nahmen eine rötlich-gelbe Farbe an. „Kanarienvögel“ wurden die Arbeiter und Arbeiterinnen im Dorf genannt.

TNT verursacht schwere Blutvergiftungen, Blausucht (Zyanose) mit Atemnot, Leberschäden, Ekzeme der Haut und Blasenkrebs. Es gab einen Betriebsarzt, Dr. Wust, „ein Sadist“, wie sich

die Frauen erinnern: „Da mußte man schon halb tot sein, bevor der einen krank schrieb.“ Viele Arbeiter starben an akuten Vergiftungen, an Lungen- und Lebererkrankungen. Etwa 200 kamen bei Arbeitsunfällen und Explosionen ums Leben.

Frau L. erinnert sich: „Am 23. Mai 1943 wurden wir von einer furchterlichen Detonation geweckt, eine riesige Flamme stand am dunklen Himmel. Vor Ort bot sich ein grausiges Bild: Betonhallen waren vom Erdboden verschwunden, Bäume entwurzelt, dort hing ein Fuß in den Ästen, überall lagen Körperteile verstreut...“

Die jüdischen Frauen waren im Sonderlager „Vereinshaus“ untergebracht, einem Außenkommando des KZ Buchenwald. Das Lager war mit Stacheldraht umzäunt und von SS-Mannschaften bewacht. Die etwa 1.000 ungarischen Jüdinnen waren in Auschwitz für den Arbeitseinsatz selektiert. Sie trugen zerrissene, dünne Kleider, ihnen wurden die Köpfe kahl geschoren, sie durften sich nicht waschen und mußten barfuß in Holzpanntöpfen gehen. Ihr Alltag: stundelange Zählappelle, Schikanen des Wachpersonals, Hunger. Wenige Monate nach ihrer Ankunft im Lager wurden 206 kranke Frauen zurück nach Auschwitz transportiert. Und das hieß immer: Gas. Von den Überlebenden starben viele nach der Evakuierung des Lagers im März 1945, einer der vielen Todesmärsche in Deutschland in den letzten Kriegstagen.

Dieter Vaupel, ein ortsansässiger Gesamtschullehrer, rekonstruierte das Schicksal dieser jüdischen Zwangsarbeiterinnen. Gegen den Widerstand offizieller Stellen recherchierte er in örtlichen Archiven, im Archiv des Auschwitz-Museums in Polen, befragte mit Hilfe seiner Schüler Zeitzeugen im In- und Ausland. Auf Gemeinde- und Vereinsversammlungen trug er die Ergebnisse seiner Arbeit vor. Die Reaktionen: Er bekam Drohanrufe. Wenn er nicht aufhöre, werde seiner Familie etwas passieren. Man behauptete, den Jüdinnen sei es gut gegangen in Hessisch Lichtenau. Schließlich seien sie vor der Vergasung gerettet worden.

Man versuchte den Lehrer zu zwingen, bestimmte Passagen aus dem Buch zu streichen, zum Beispiel die, daß es einen Galgen im Lager gegeben habe.

Vaupels Buch wurde in Lichtenau sorgfältig gelesen, auch von Gisela Höfert, einer Hausfrau aus Lichtenau. Ihre Mutter, Minna Schiffer, hatte in der Munitionsfabrik gearbeitet. Gisela Höfert begann zu begreifen, woran ihre Mutter krankte; sie begriff auch, warum ihre Kinder so häufig an Ekzemen und Asthma zu leiden hatten. Sie engagierte sich in der „Bürgerinitiative für giftfreies Trinkwasser“. Aber das Schicksal ihrer Mutter ließ ihr keine Ruhe. Sie begann ehemalige Dienstverpflichtete aus den umliegenden Ortschaften anzusprechen. Ein erstes Treffen fand im Juni dieses Jahres statt.

Berichte über die Munitionsfabrik Hirschhagen wurden gesammelt und in einer Broschüre zusammengestellt. Ein zweites, größeres Treffen wurde vorbereitet. Mit Hilfe des Lehrers Dieter Vaupel und Jürgen Jessen von der örtlichen Friedensinitiative, Studienrat an einer berufsbildenden

Schule, ermittelte Gisela Höfert die Adressen Hunderte ehemaliger Dienstverpflichteter und Zwangsarbeiter in Deutschland, Frankreich, Holland und Ungarn.

Auch ein Gedenkstein sollte errichtet werden. Mit bürokratischem Einfallsreichtum versuchte der Bürgermeister Ingo Geisler (CDU) alles zu verschleppen. Angeblich könnte kein geeigneter Stein gefunden werden. Dann erschien es unmöglich, den ehemaligen jüdischen Zwangsarbeiterinnen aus Ungarn Fahrkarten zuzusenden. Schließlich hätten sie die womöglich dort nur eingesteckt und wären dann gar nicht gekommen. Es mußte erst das Auswärtige Amt in Bonn eingeschaltet werden und alles den Dienstweg über — zig Instanzen gehen.

Noch während des Treffens drohte alles an der mangelnden und halbherzigen technischen Organisation der Stadtverwaltung zu scheitern. Während dieser drei Tage veränderte sich abrupt das Verhalten von Bürgermeister und Kommunalpolitikern aus Stadt- und Kreisrat. Sie stiegen aufs Podium, begrüßten die Gäste, hielten Dankesreden und legten Kränze nieder bei einer Gedenkfeier vor den Massengräbern. Nun waren auch sie betroffen, lautstark betroffen. Dennoch: Ihre unbefohlenen, teils phrasenhaften, teils verlegenen Worte angesichts der überlebenden Opfer zeigten auch wirkliche Bewegung. Der 33jährige sozialdemokratische Stadtverordnetenvorsteher beteuerte bei seiner Ansprache auf dem Friedhof, er könne das, was damals geschehen sei, „nicht verstehen“, es sei „unfaßbar“.

Zu den Worten „mißhandelt“ und „ermordet“ wollte sich der Bürgermeister nicht durchringen.

Der jung-dynamische Bürgermeister bekundete erleichtert, daß offenbar nicht Haß und Rache die hier Versammelten bewegten. Er bedankte sich bei den Frauen aus Ungarn, daß sie ihm persönlich seine Unsicherheit genommen hätten. „Wir wußten nicht, was auf uns zukommen würde... Sie sind uns freundschaftlich begegnet, obwohl wir Angehörige des Volkes sind, das die Ungarn in so unerträglicher Weise mißhandelt hat.“ Zu den Worten „mißhandelt“ und „ermordet“ mochte er sich jedoch nicht durchringen.

Am ersten Vormittag des Treffens wurde berichtet. Die ehemaligen Häftlinge erzählten. Eine Frau aus Ungarn verließ, bevor sie noch zu Wort kam, weinend den Saal. Von einer Schülerin wurde die Aussage einer jüdischen Zwangsarbeiterin verlesen. Die Dieter Vaupel aus dem Yad Vashem Archiv in Jerusalem erhalten hatte. Auf Druck der Stadtverwaltung war noch eine Passage aus diesem Bericht weggeschwärzt worden und durfte nicht verlesen werden, da es dafür „keine Beweise“ gebe. Es handelte sich um einen Fluchtversuch zweier Frauen aus dem Lager „Vereinshaus“. „Der Morgen kam. Die SS hatte die zwei Flüchtlinge gefaßt. Wir mußten dastehen und zusehen, wie die zwei Mädchen ihre eigenen Gräber gruben, dann erschossen wurden, und wir mußten sie begraben.“ Eine der anwesenden Ungarinnen bestätigte dies hinterher in einem Gespräch. Dieter Vaupel konfrontierte bei dieser Gelegenheit einen seiner Widersacher aus der Gemeinde mit ihr.

Er hatte behauptet, daß die jüdischen Zwangsarbeiterinnen von Verwandten aus Ungarn besucht worden seien. Er könne sie jetzt fragen, wo ihre Verwandten geblieben seien... Der Mann verdrückte sich daraufhin.

Die deutschen Frauen unter den ehemaligen Dienstverpflichteten waren durch die Berichte sichtlich irritiert. Ihnen war es nicht so schlecht gegangen wie den Jüdinnen. „Wir durften doch nicht mit denen sprechen. Draußen durften wir nichts über das Werk erzählen. Wir mußten den Mund halten, sonst wären wir selber ins KZ gekommen.“

Erschreckend sichtbar war auch noch 40 Jahre danach der Unterschied im Aussehen zwischen den deutschen Zwangsverpflichteten und den fünf Ungarinnen. Sie sind für immer gezeichnet. Einer von ihnen haben SS-Männer in Auschwitz die Augen kaputt geschlagen. Sie ist fast blind. Eine andere leidet unter einer schweren geschwürartigen Darmerkrankung, die meisten an Hautekzemen, chronischer Bronchitis und chronischer Kehlkopfentzündung als Folge der Vergiftung mit TNT und Pikrinsäure. Entschädigung haben sie nicht bekommen, da sie in Ungarn leben.

Von den fünf Millionen Mark, die die Deutsche Bank jetzt an die ehemaligen Zwangsarbeiter des Flick-Konzerns zahlen wird, sollen die Frauen aus Ungarn je etwa 3.000 DM bekommen. Denn das Werk gehörte der Dynamit Nobel AG, die nach dem Krieg vom Flick-Konzern übernommen wurde.

Frau Méth aus Budapest erzählt: „Die Franzosen im Werk haben uns sehr geholfen, sie haben uns heimlich Essen zugesteckt. Ein deutscher Werksapotheker hat uns das Leben gerettet. Kurz vor Kriegsende sollten wir mit Giftspritzen getötet werden. Er hat die Giftampullen beiseite geschafft und der SS als verloren gemeldet. Wir suchen heute diesen Mann und wollen uns bei ihm bedanken. Die dortige Bevölkerung hat uns gesehen, wenn wir unter Bewachung vom Lager ins Werk geführt wurden. Die deutschen Frauen im Werk hatten Angst, sie haben sich von uns ferngehalten.“ Am ersten Abend des jetzigen Treffens im Bürgerhaus von Hessisch Lichtenau umarmte sie eine große, blonde Frau, eine ehemalige Vorarbeiterin, und küßte sie auf Hände und Wangen. „Das war zu viel“, sagt Frau Méth. Aber sie ist froh, daß sie gekommen ist. „Nach dem Krieg haben wir nie geglaubt, daß so etwas wie dieses Treffen in Deutschland jemals möglich sein würde.“

Betriebsbesichtigung

Dann am Nachmittag: Die Stadtverwaltung hat drei Busse zur Verfügung gestellt. Die „Ehemaligen“ fahren nach Hirschhagen zu den Ruinen der Munitionsfabrik. Wie die riesigen Reste einer Totenstadt stehen die Munitionsbunker und Werkshallen im dunklen Wald verstreut. Einige sind zerstört, einige sind unverändert. In kleineren Gebäuden haben sich Ortsansässige wohllich eingerichtet, die Betonmauern weiß gestrichen, neue Fenster eingesetzt und einen sauberen Garten angelegt. Den Grund und Boden und

die Häuser konnte man seinerzeit spottbillig erwerben. „Wir nehmen die Ruinen gar nicht mehr wahr“, sagen die Bewohner.

Auf dem Spaziergang durch den Wald kommt zuweilen Jubiläumstimmung unter den deutschen Frauen auf. „Sie waren damals doch auch im Block 253 in der Fullstation. Wie hieß der Meister noch?“ Eine adrette Dame im blauen Kostüm mit blauem Federhut:

„Wie haben wir damals immer gesungen?... Wir sind die Tellerminenmädchen von...“

Frau F. aus dem Nachbardorf erzählt: „Die Holländer haben uns manchmal heimlich auf den Transportwagen mitgenommen und allerlei Späße mit uns gemacht.“ Ihre Kollegin wendet sich an einen jugendlichen Begleiter: „Wir wünschen Ihnen, daß Sie so etwas nie erleben müssen. Die Schlimmsten waren die kleinen Hitler unter den Meistern. Die kamen aus Österreich und sonstwoher.“ Aber mit dem Buch von dem Lehrer Vaupel bin ich gar nicht einverstanden, der rührt nur das Negative auf, er hat nur über die Jüdinnen geschrieben, über uns gar nichts.“ Eine andere Frau sagt: „Am Nationalsozialismus sind die Österreicher schuld. Die Bewacher, die SS und der Werksschutz bei uns, das waren alles Österreicher.“ Einige Holländer laufen durch alle Gebäude und fotografieren die Ecken, wo sie gearbeitet haben.

Der Spaziergang geht an einer Diskothek vorbei, die ein findiger Bürger in einem der Werksgebäude eingerichtet hat. Mißtrauisch beäugen er und seine Freunde den sonderbaren „Betriebsausflug“, der da vorbeizieht. Für die fünf Frauen aus Ungarn ist es mehr als nur ein Spaziergang. Sie ertragend die Rückkehr an diesen Ort nur schwer. Bei der anschließenden

Kranzniederlegung auf dem Friedhof bricht die halberblindete Frau in Tränen aus.

Auf der Abschlußveranstaltung spricht Thomas Lutz von der „Aktion Sühnezeichen“ Berlin. Er appelliert an die Politiker, die parlamentarischen Initiativen zur Einrichtung von Härtefonds zur Entschädigung der Opfer zu unterstützen, und regt ein Museum in Hessisch Lichtenau an sowie die Einrichtung eines historischen Lehrpfades durch das Gelände der ehemaligen Munitionsfabrik. Die hessische Kultusministerin Vera Rüdiger, die die Schirmherrschaft für dieses Treffen übernommen hat, ist nach Hessisch Lichtenau gekommen, obwohl ihr Amt sie verpflichtet, bei der gleichzeitig stattfindenden Friedenspreisverleihung auf der Frankfurter Buchmesse anwesend zu sein. Das hessische Regionalfernsehen, lokale und überregionale Presse sind gekommen. Bundesaußenminister Genscher und Willi Brandt haben Grußworte übersandt.

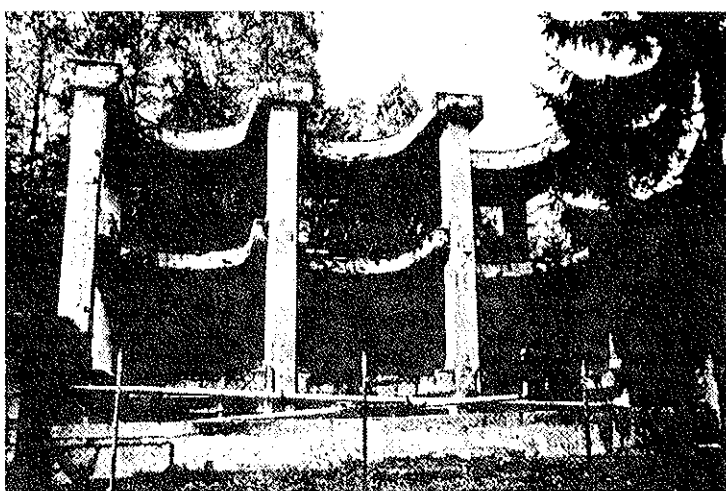
Auch der oberste Repräsentant der Inhaber der „Gnade der späten Geburt“, Bundeskanzler Kohl, hat ein Telegramm geschickt

an die „Opfer eines menschenverachtenden Regimes in dunkler Zeit“. In seinem Telegramm beschränkt sich Kohl nicht nur auf den Wunsch, daß von „deutschem Boden“ niemals wieder Krieg ausgehen solle; nunmehr soll von deutschem Boden seiner Meinung nach „Friede“ ausgehen. Starke Worte! Doch von dem Treffen in Lichtenau hallen ganz andere, tonlos gesprochene Sätze nach wie z. B. jene, die eine Frau aus dem Elsaß stockend vorbrachte: „Ich darf mich nicht aufregen, muß immer Schlafmittel nehmen. Da ich das heiße TNT in den großen Kesseln rühren mußte, wurde ich am Unterleib mehrfach operiert. Ich habe nicht geheiratet. Meinen Zustand kann man keinem Mann zumuten.“

Literatur:

Dieter Vaupel: Das Außenkommando Hessisch Lichtenau des Konzentrationslagers Buchenwald 1944/45. Nationalsozialismus in Nordhessen, Schriften zur regionalen Zeitgeschichte, Heft 3, Hrsg.: Gesamthochschule Kassel, 1984

Wolfram König u. Ulrich Schneider: Sprengstoff aus Hirschhagen. Vergangenheit und Gegenwart einer Munitionsfabrik. Nationalsozialismus in Nordhessen, a.a.O., Heft 8, 1985.



Die Ruinen der Munitionsfabrik Hirschhagen, ehemals Außenstelle des KZs Auschwitz. Dieter Vaupel

D Infos, News

Ministerium warnt vor einem „Schilderwald“

Streit um Hinweistafel auf Esterweger Friedhof spitzt sich zu

Esterwegen/Hannover (wam.-Eigenbericht). — Der Streit um den Antrag des Aktionskomitees zur Erhaltung der Emslandlager, auf dem Friedhof des ehemaligen KZ Esterwegen mit einer eigenen Hinweistafel auf das Informationszentrum (DIZ) der Gruppe im 15 Kilometer entfernten Papenburg hinweisen zu dürfen, spitzt sich zu. In einem Gespräch mit unserer Zeitung nannte die Mitarbeiterin des DIZ, Elisabeth Kaus, die Entscheidung der Bezirksregierung Weser-Ems, den Antrag abzulehnen und statt dessen selbst eine Informationstafel aufzustellen, „völlig unverständlich“.

Nach Angaben der DIZ-Mitarbeiterin in Papenburg, Elisabeth Kaus, will die Behörde in Absprache mit dem Land und dem Kreis Emsland auf ihrer Tafel die Geschichte der Lager anreißen und auf die Möglichkeit weitergehender Information in dem Gebäude des Landkreises in der 60 Kilometer entfernten Kreisstadt Meppen hinweisen. Die Bezirksregierung habe dem Leiter des Komitees, Prof. Dr. Bolt aus Oldenburg, in einem Schreiben außerdem in Aussicht gestellt, daß auch weitere Stellen bei den Gemeinden genannt würden, „darunter könne sich möglicherweise

das Dokumentationszentrum in Papenburg befinden“. Diese Formulierung, so Frau Kaus, erwecke den Eindruck, als solle die geographisch am nächsten gelegene Informationsquelle in Papenburg, wenn überhaupt, nur unter „ferner liefen“ genannt werden. Eine solche Regelung sei

auch deshalb unverständlich, weil der Landkreis in Meppen zu den Hauptbesuchszeiten des Friedhofs an den Wochenenden geschlossen sei, betonte die DIZ-Mitarbeiterin.

Frau Kaus wies ferner darauf hin, daß eine von dem Aktionskomitee im Jahre 1979 auf dem Friedhofsgelände aufgestellte Tafel mit geschichtlichen Angaben zwei Jahre später von der Bezirksregierung entfernt worden sei.

Der Sprecher der Bezirksregierung, Kießling, hingegen vermutet hinter dem Anliegen des Vereins, den Versuch, den Esterweger Friedhof „als eigene Sache zu verkaufen und dem Land die dritte Geige zuzuweisen. Auch Udo Nolte, Sachbearbeiter für Kriegsgräber im Innenministerium in Hannover, warnt vor einem Schilderwald auf dem Gelände der Gedenkstätte. Mit dem Streit um die Hinweistafel wird sich nun auch das Parlament in Hannover beschäftigen.

10.10.86
Teil
Nordwest

Projekt Osthofen, cfd, Freihofstr. 23, 6000 Frankfurt 60

P R O J E K T - I N F O R M A T I O N N R . 3

Gründung des "Förderverein Projekt Osthofen e.V."

Am 16.10.1986 fanden sich im Gemeindehaus der Evang. Kirchengemeinde Osthofen vierzig Damen und Herren zur Gründung des Förderverein Projekt Osthofen e.V. ein.

Eingeladen hatten die Lagergemeinschaft ehemaliger Häftlinge des KZ Osthofen, der DGB Rh.-Pfalz, die VVN/BdA und der Christliche Friedensdienst. Sie legten das Ergebnis ihrer seit Beginn des Jahres geleisteten Arbeit - die Vereinssatzung - vor. Sie wurde von 26 der Anwesenden in ihrer vorgelegten Form unterzeichnet.

In §3 "Zweck des Vereins" heißt es:
Der Zweck des Vereins ist die Errichtung einer

- Dokumentations- und Gedenkstätte,
 - internationalen Begegnungsstätte,
 - Arbeits- und Ausbildungswerkstatt
- im ehemaligen Konzentrationslager Osthofen.

Die Arbeit des Vereins soll durch Anregungen, Fortführung und Koordination dafür geeigneter Maßnahmen geschehen, wie z.B. durch:

- die Förderung von Modellen pädagogischer Begleitung der Gruppen im Rahmen der Jugendbegegnung,
- den Aufbau eines Kreises ideeller und materieller Förderer für den Vereinszweck,
- die Erarbeitung der organisatorischen und finanziellen Voraussetzungen o.a. Einrichtungsabschnitte,
- klärung der Bedingungen für die Trägerschaft.

Einer der nächsten Schritte wird die Aufnahme von Verhandlungen mit den Ländern Hessen und Rheinland-Pfalz sein, um die finanzielle Zukunft des Projekts zu sichern.

Der erst Vorsitzende des Vereins, der bis Ende Juli 1986 in Osthofen amtierende Pfarrer Joachim Dietermann, nannte die EKHN, die diesem Projekt grundsätzlich eine ideelle Förderung zugesichert hat, als eine "erste Adresse" seiner Arbeit. Er bedauerte, daß es nicht gelungen sei, den Kirchenvorstand der Evang. Kirchengemeinde Osthofen zu bewegen, von Anfang an das Projekt mitzutragen. Für die Zukunft des Projekts sei es aber sehr wichtig, in Osthofen Mit-Förderer zu finden. Dies sagte er in einem im Anschluß an die Gründungsversammlung dem SWF gegebenen Interview.

Reges Interesse an einer Mitgliedschaft im neu gegründeten Verein haben inzwischen sowohl Privatpersonen als auch Organisationen angemeldet.

Die Adresse des Fördervereins wird bis auf weiteres

Freihofstraße 23
6000 Frankfurt 60 Tel.: 069/ 45 67 25 sein.

Rechtzeitig zur Gründungsversammlung des Vereines legte der Christliche Friedensdienst die neue Broschüre "Osthofen - erinnern und Vergegenwärtigen " vor.

Auf fünfzig Seiten wird das Projekt Osthofen - das bisher ein Schwerpunkt des CFD war - erläutert, das Wahlverhalten in Osthofen in den 20er und 30er Jahren analysiert und neue Forschungsergebnisse über Wachmannschaften und Insassen des KZ Osthofen vorgelegt.

Die Broschüre stellt die bisherigen Erinnerungsarbeit des "Projekt Osthofen" vor. Sie zieht Bilanz und will zu Mit-Arbeit anregen.

Sie wurde zusammengestellt von Angelika Arenz-Morch, Mitarbeiterin beim CFD im Rahmen der Dokumentationsarbeit, und einer Gruppe der Gesamthochschule Kassel unter Leitung von Prof. Dr. Eike Hennig.

Die Broschüre eignet sich gut zu einer ersten Auseinandersetzung mit dem Faschismus nationalsozialistischer Prägung am konkreten Beispiel des KZ Osthofen.

Sie ist zu einem Preis von DM 4.-- + Portokosten bei o.a. Adresse zu beziehen.

Frankfurt (Main), 23.10.1986

Heribert Fachinger

Ruinen als Zeugen: Elend und Ölschiefer

Erinnerung an sinnlose und mörderische Quälerei von KZ-Häftlingen / Ein Gedenkpfad?

fs. Rottweil/Schömberg-Schörzingen. Gemessen am miserablen Wetter waren die etwas mehr als 30 Leute nicht eben wenige, die der Rottweiler Friedensgruppe am Sonntag in den Eckerwald gefolgt waren. Mit Jürgen Schübelin als Sachkundigem steuerten die Teilnehmer die Ruinen der Anlagen an, mit denen die Nazis in der Endphase des Kriegs aus dem hier anstehenden Ölschiefer Treibstoff zu gewinnen suchten. Ein im Endeffekt nutzloses Panik-Programm, nachdem die übrigen Energiequellen weitgehend zerstört waren. Die Arbeitskräfte: In Schörzingen stationierte KZ-Häftlinge. Die Führung war der Abschluß der Rottweiler Neofaschismus-Ausstellung.

Da standen die Teilnehmer also im strömenden, doch warmen Regen vor Ruinen jener Verschmelzungsmeiler, um die herum sich vor genau 42 Jahren Ungeheuerliches zugetragen hatte. Auch damals soll viel Regen gefallen sein, aber kalter, und es gab ungewöhnliche Septemberfröste. Früh um 6 Uhr wurden ausgemergelte Gefangene auf den vier Kilometer weiten Weg getrieben, um im Tagebau den begehrten Ölschiefer zu brechen. Anfangs ging es noch durchs Dorf, doch später ums Dorf herum - der Anblick muß zu grauenhaft gewesen sein -.

Es wurden vor allem Polen geschunden, die aus Auschwitz und Birkenau in Güterwaggons direkt nach Schörzingen verfrachtet wurden. Auch Aufständische aus Warschau. Oft so schwerkrank bereits, daß selbst die federführende Organisation

Todt sich über mangelhaften Zustand und Tauglichkeit beklagte. In dünner Kleidung, minderwertig ernährt, mußten sie oft »bis zum Bauch im Schlamm arbeiten«. Sie hatten sich im Laufschrift zu bewegen. Wer nicht mithalten konnte, wurde oft zu Tode geprügelt. Allein im Oktober 1944 kamen über 190 Menschen um. Insgesamt dürften es etwa 900 Opfer gewesen sein.

Diese Menschen veränderten das Bild der Landschaft in der Nähe des heutigen Flugplatzes Zepfenhan: Schieferhalden entstanden, Schienenstränge für die Loren durchzogen das Gelände. Nichts verrät aber mehr Geschehenes. Man sieht etwa noch den langgestreckten Hügel, von Gras bewachsen und einem Wäldchen oben drauf. Als hätte ihn die Natur geschaffen und nicht die Knute. Und auf dem Rückweg stießen die Teilnehmer auf den »Gewann-Namen »Wüste«. Womöglich auch dies eine unauffällige Hinterlassenschaft dieses Ölprojekts, das unter dem Tarnnamen »Wüste« ablief?

Die Gruppe traf sich, viele klatschnaß, auf dem Schörzinger KZ-Friedhof wieder zu einer Feier. Gerhard Lempp von der Friedensgruppe meinte eingangs, es sei an der Zeit, im Eckerwald einen Gedenkpfad anzulegen und denkmalschützerisch tätig zu werden. Es müsse an die dortige »Mißachtung von Menschen- und Bürgerrechten« erinnert werden. Doch das Hineinversetzen ins Vergangene sei kein Selbstzweck; Lernen aus der Geschichte heiße auch »Vergleichen mit Erscheinungen der Gegenwart«.

Hier wurde er deutlich und meinte etwa - mitunter auch versteckt vorgebrachte - Ansprüche, die bezweifelten, daß das heutige Polen jenseits der Oder und Neiße beginne. Und er kam auch auf die gegenwärtige Asyldebatte zu sprechen. Diese sei beklemmend, müßten doch wieder einmal wehrlose Minderheiten dazu herhalten, um »von den tatsächlichen Problemen unserer Gesellschaft abzulenken«.

Lempps »herzlicher Dank« galt den iranischen Asylbewerbern, die mit großer Begeisterung an der Ausstellung über Neofaschismus mitgewirkt hätten. Leider könnten sie nicht anwesend sein, denn sie seien inzwischen schon wieder weitergeschoben worden. Sie hätten aber gezeigt, daß der heutige Iran eine der schrecklichsten Diktaturen mit barbarischen Foltermethoden sei. Sie hätten aber auch gezeigt, daß die Bundesrepublik an diesen Verhältnissen nicht schuldlos sei: Waffen aus der Bundesrepublik wurden auch im sinnlosen Golfkrieg eingesetzt.

Pfarrer Kraft betonte in seiner Ansprache die Fähigkeiten des Mitfühlens; sie helfe, Geschichte zu verstehen. Eine Lehre der Nazi-Zeit sollte der verpflichtende Satz sein: »In meinem Land darf es keine Pogrome mehr geben.« Heute erregten wir uns aber über Asylbewerber. Doch ihnen beizustehen, koste nur geringe finanzielle Nachteile. Hilfe für die einstigen Lagerinsassen in Schörzingen habe das Risiko des eigenen Lebens bedeutet. Weshalb fällt Beistand so schwer in einem so reichen Land? Kraft: »Wir sind unersättlich geworden.«

Flecken in Wolfsburgs Geschichte

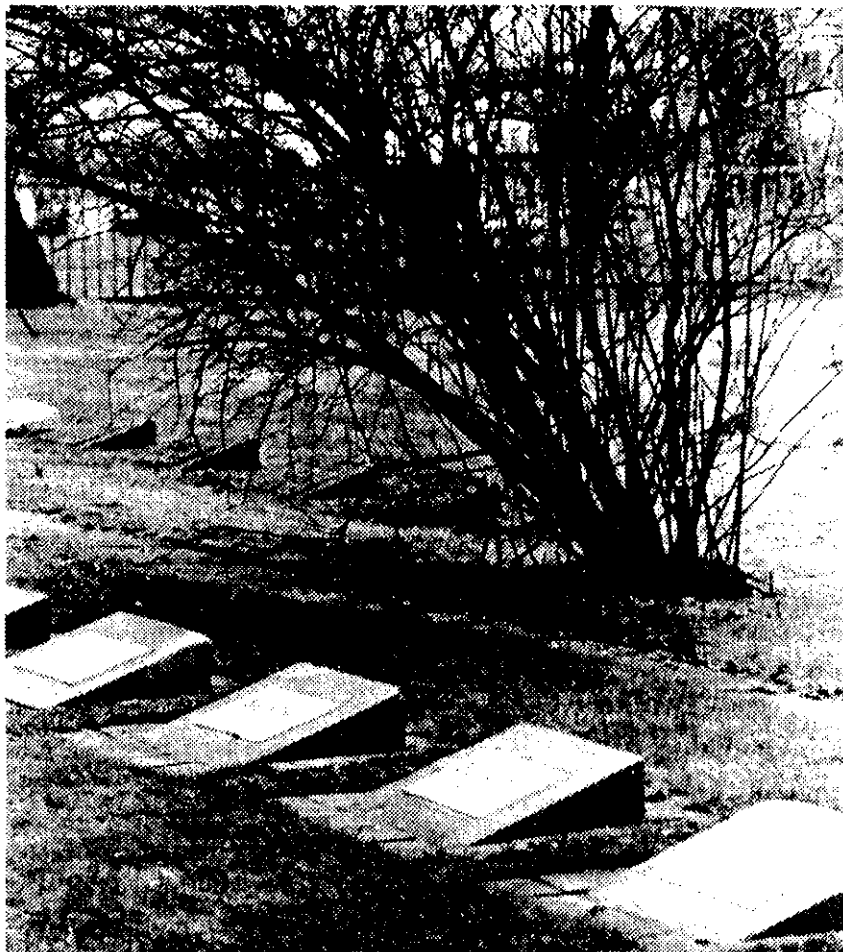
Wolfsburg. Am 28. März 1944 faßte der Kirchenvorstand der Kirchengemeinde Wolfsburg-Heßlingen, der damals für die kirchlichen Belange der „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ zuständig war, folgenden Beschluß: „Der Rothenfelder Friedhof wird nicht geschlossen; wohl aber soll ab 1. 4. 1944 keine Grabstelle an Andersgläubige und Neuzugezogene der Stadt mehr abgegeben werden.“ Irgendwelche Andeutungen, warum dieser Ausgrenzungsbeschluß gefaßt wurde, liegen im Protokollbuch nicht vor.

Wohl mag bei diesem Beschluß die Eröffnung eines neuen Friedhofs für die neue „Stadt des KdF-Wagens“ eine Rolle gespielt haben, doch liegt auch die Vermutung nahe, daß zumindest bei den „Andersgläubigen“ an die ausländischen Zwangsarbeiter und Kriegsgefangenen gedacht war, die mit etwa 9000 Menschen den größten Anteil an der damaligen Wolfsburger Einwohnerzahl von 17 000 Menschen stellten.

Die vor allem aus Rußland und Polen, aber auch aus westlichen Ländern Verschleppten lebten in mindestens fünf Barackenlagern unter elendigsten Bedingungen, zum Beispiel im Bereich des Laagbergs im Barackenlager des „Außenkommandos des KZ Neuengamme“. Ihre Sterblichkeit war hoch, insbesondere im Winter 1941/42. Damals wurden die ersten toten sowjetischen Kriegsgefangenen außerhalb des offiziellen neuangelegten Waldfriedhofs im Wolfsburger Moor verscharrt.

Für die später in den Wolfsburger Lagern Gestorbenen oder Ermordeten war eine Fläche ausgewiesen, die zwar innerhalb des festangelegten Friedhofs lag, aber doch auch ausgegrenzt vom offiziellen Teil und dazu noch in unmittelbarer Nähe der städtischen Müllkippe, dort, wo sich heute der sogenannte Ausländerfriedhof befindet.

Hier wurden auch Peter Kowaltschuk, Michael Kowalenko, Maja Moljaw, Brunslaw Predens und Josef Schilalo begraben, fünf jener 161 sowjetischer und polnischer Säuglinge, deren kleine, stark verwitterte Gedenktafeln in den Rasen des „Ausländerfriedhofs“ eingelassen sind. Sie starben am gleichen Tage, an dem jener Kirchenvorstandsbeschluß gefaßt wurde: Am 28. 3. 1944. Als Ort ihres Todes wird in den überlieferten Gräberlisten „Ausländerkinderpflegeheim“ angegeben. Mit diesem Stichwort ist das wohl dunkelste Kapitel der Wolfsburger Geschichte angesprochen: das Massensterben polnischer und russischer Kinder in Wolfsburg.



Hier wurden Peter Kowaltschuk, Michael Kowalenko, Maja Moljaw, Brunslaw Predens und Josef Schilalo begraben, fünf jener 161 sowjetischer und polnischer Säuglinge, deren kleine, stark verwitterte Gedenktafeln auch in den Rasen des „Ausländerfriedhofs“ eingelassen sind. Sie starben am gleichen Tage, am 28. März 1944, als der Kirchenvorstand der Kirchengemeinde Wolfsburg-Heßlingen, der damals für die kirchlichen Belange der „Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben“ zuständig war, folgenden Beschluß faßte: „Der Rothenfelder Friedhof wird nicht geschlossen; wohl aber soll ab 1. April 1944 keine Grabstelle an Andersgläubige und Neuzugezogene der Stadt mehr abgegeben werden.“ Als Ort ihres Todes wird in den überlieferten Gräberlisten „Ausländerkinderpflegeheim“ angegeben.

schl/Foto: Fritzsche

Wie kam es dazu? — Laut Anordnung des Reichsführers der SS, Himmler, vom 27. Juli 1943 wurden „Kleinkinderbetreuungseinrichtungen einfachster Art“ unter Aufsicht der „Deutschen Arbeitsfront“ (DAF), die auch beim Aufbau des VW-Werkes maßgeblich beteiligt war, eingerichtet, um die Arbeitskraft schwangerer ausländischer Arbeiterinnen möglichst vollständig auszunutzen.

War es den verschleppten Eltern oder Müttern bis dahin offiziell erlaubt gewesen, mit ihren neugeborenen Kindern in ihre Heimat zurückzukehren, so wurden nun die schwangeren Frauen gezwungen — sofern sie sich einer Abtreibung entzogen hatten —

bis kurz vor der Entbindung an ihrem Zwangsarbeitsplatz zu bleiben, zu dem sie spätestens sechzehn Tage nach der Geburt wieder zurückkehren mußten.

Die Neugeborenen wurden gleich nach der Geburt ihren Müttern weggenommen und in ein „Ausländerkinderpflegeheim“ gebracht, wo nur wenige das Alter von drei Monaten erreichten. Das Wolfsburger „Ausländerkinderpflegeheim“ lag zunächst am Schachtweg (von März 1943 bis Juni 1944); danach wurde es in das ehemalige „Reichsarbeitsdienstlager“ nach Rühren verlegt. In diesen Heimen starben etwa 400 Säuglinge an Hunger, Krankheiten oder — wie es das

britische Militärgericht später befand — als Opfer einer bewußten Vernachlässigung des zuständigen Arztes und seiner Helferinnen.

Der für die Heime verantwortliche Arzt, der Betriebsarzt des VW-Werkes, Dr. Hans Körbel, unterzeichnete die Totenscheine mit der Diagnose „Lebensschwäche“. Gegen diesen

Arzt und neun weitere Angeklagte wurde im Mai/Juni 1946 der „Helmstedter Kriegsverbrecherprozeß“ geführt, in dem Dr. Körbel und die mit ihm für das Kindersterben verantwortliche Oberschwester Ella Sch. zum Tode durch den Strang verurteilt wurden.

Dieser Prozeß und dann die Frage, ob

das Urteil auch vollstreckt würde, beschäftigte die Wolfsburger Öffentlichkeit 1946/47 in einem starken Maße und hatten gar Einfluß auf die internationale Politik. Auch die Kirche in Wolfsburg bezog Stellung.

Der Einsatz für die Opfer fehlte

Insbesondere kirchliche Kreise verwandten sich für Dr. Körbel. Das rührte daher, daß er in seiner Wolfsburger Zeit in der Kirchengemeinde mitarbeitete: So wurde er im Mai 1940 — wahrscheinlich als Kirchenvorsteher des Kirchenvorstandes Wolfsburg-Heßlingen — dem Landeskirchenamt in Hannover „zur Ernennung“ vorgeschlagen, wahrscheinlich für den Kiv Fallersleben (entsprechend dem heutigen Kirchenkreisvorstand, Fallersleben war damals Sitz der Superintendentur). Nach Dr. Körbels Verurteilung faßte der Kirchenvorstand der Kirchengemeinde Wolfsburg-Heßlingen (Sitz: Alt-Wolfsburg) am 5. Juli 1946 den Beschluß: „Auf Antrag von KV Sch. wird beschlossen, morgen im Anschluß an den Gottesdienst ein Gnadengesuch für das zum Tode verurteilte Gemeindeglied Dr. Körbel zur Unterschrift auszulegen.“

Aufgrund dieses Beschlusses setzte „der Pfarrer, der dem Arzt in der Autostadt oft Ratgeber (wofür?? H. H.) gewesen war“ (Mönnich, 373), alles daran, um die Freilassung des Verurteilten zu erreichen. A. Köhler, Wolfsburg, 1938—1948, S. 85f, faßt das so zusammen: „... Pastor Bammel alarmierte Dr. Lilje, damals in Hannover Oberkirchenrat. Dieser setzte sich mit seinem Amtsbruder in Berlin in Verbindung, der bei General Robertson intervenieren sollte. Der Ministerpräsident Hinrich W. Kopf und der englische Zivilgouverneur traten — nach „einem glänzenden Plädoyer des späteren Bischofs Lilje vor dem Zivilgouverneur (Mönnich, S. 381) —

für die Aussetzung der Verurteilung ein.“

Die Verurteilung wurde dennoch schließlich am 7. März 1947 im Hamelner Zuchthaus durchgeführt, um die bevorstehende Außenministerkonferenz der Westmächte mit der UdSSR in Moskau (10. März bis 24. April 1947) zur Lösung der „Deutschen Frage“ nicht zu gefährden. So jedenfalls die Interpretation Köhlers, der sich damit eng an das Buch von Mönnich anlehnt, in dem ein rührseliges Bild des „Christen Dr. Körbel“ gezeichnet wird, der im Gefängnis Predigten schrieb und im Glauben an Gott und Jesus Christus in den Tod ging.

Völlig anders stellt der englische Philosoph Lord Russell in seinem Buch „Geißel der Menschheit“ die Person Dr. Körbels dar, dem er aufgrund der Prozeßbeobachtung „Vorsatz“ bei der Vernachlässigung der Kinder, die zu ihrem Tode führte, vorwarf.

Eine endgültige Beurteilung des „Falles Dr. Körbel“ wird erst möglich sein, wenn die Prozeßakten jenes Helmstedter Gerichtshofes, dem die Braunschweiger Zeitung vom 24. 5. 46 bescheinigte, daß er „den Tatbestand mit größter Sachlichkeit ergründete“ einer breiten Öffentlichkeit zugänglich sind.

Zu fragen ist schon jetzt, ob sich die Kirchengemeinde Wolfsburg statt nur für den „Täter“ vor allem für die Opfer des Wolfsburger Kindersterbens hätte einsetzen müssen, in dem sie deren Schicksal als mahnende Erinnerung

weitergab — jüngste Opfer eines verbrecherischen Systems, denen die Kirche nicht zum Leben verhelfen konnte und die auch aus dem Bereich ihrer Toten ausgegrenzt blieben.

Ein solches mahnendes Erinnern wäre im Sinne der Stuttgarter Schuldklärung gewesen, die kurz zuvor, im Oktober 1945, im Rückblick auf das kirchliche Verhalten zur Zeit der Nazi-Barbarei bekannt hatte:

„... durch uns ist unendliches Leid über viele Völker und Länder gebracht worden ... wir klagen uns an, daß wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben ... Nun soll in unserer Kirche ein neuer Anfang gemacht werden ...“ Diese Worte sind auch heute, vierzig Jahre danach, bleibende Mahnung.

Der vorstehende Artikel stützt sich insbesondere auf folgende Darstellungen:

Braunschweiger Zeitung, mehrere Ausgaben Mai/Juni 1946

Dr. Adolf Köhler, Wolfsburg, Eine Chronik, 1938—1948

Horst Mönnich, Die Autostadt, 1951

Niedersachsen I, Heimatgeschichtlicher Wegweiser zu Stätten des Widerstandes und der Verfolgung 1933—45, Art. „Wolfsburg“, 1985

Lord Russell, Geißel der Menschheit, S. 234 ff, 1955

Dr. Klaus-Jörg Siegfried, Stadtarchiv, Bericht der Verwaltung an den Kultur Ausschuß der Stadt Wolfsburg am 11. 1. 1983: Zur Entstehung und Geschichte des Ausländerfriedhofs und des Waldfriedhofs. Hohnsbein

V. i. S. d. P. Hartwig Hohnsbein
Schloßstr. 15
3180 Wolfsburg

 **Evangelische
Zeitung**

Aus: Evangelische Zeitung (EZ)
21. und 28. April 1985
(Wolfsburg und Vorsfelde)

Erlaß des Reichsführers SS vom 27. Juli 1943, betr. „Behandlung schwangerer ausländischer Arbeiterinnen und der im Reich von Ausländerinnen geborenen Kinder ...“

1. Ausländische Arbeiterinnen sind wegen eingetretener Schwangerschaft bis auf weiteres nicht mehr in die Heimat zurückzuführen. Für diese Regelung sind dringende arbeitseinsatzmäßige Erfordernisse massgebend. Alle entgegenstehenden Weisungen (einschließlich insbesondere für Polinnen und Ostarbeiterinnen ergangenen) werden hiermit aufgehoben. Nach der Entbindung werden die ausländischen Arbeiterinnen gemäss den Anordnungen des Generalvollmachtigten für den Arbeitseinsatz baldmöglichst der Arbeit wieder zugeführt.
2. Die Entbindungen sollen gemäss Weisung des Generalbevollmächtigten für den Arbeitseinsatz und des Reichsgesundheitsführers tunlichst in besonderen Abteilungen der Krankenreviere in den Wohnlagern oder den Durchgangslagern stattfinden. Die Aufnahme in eine Ausländer-Krankenbaracke bei einem deutschen Krankenhaus oder ganz ausnahmsweise in eine deutsche Krankenanstalt kommt nur beim Vorliegen von Regelwidrigkeiten in Frage oder bei der Notwendigkeit, für die Ausbildung von Studenten oder Hebammen-Schülerinnen das Untersuchungsgut zu schaffen ...
3. Die von den ausländischen Arbeiterinnen geborenen Kinder dürfen auf keinen Fall durch deutsche Einrichtungen betreut, in deutsche Kinderheime aufgenommen oder sonst mit deutschen Kindern gemeinsam aufwachsen und erzogen werden. Daher werden in den Unterkünften besondere Kleinkinderbetreuungseinrichtungen einfachster Art — „Ausländerkinder-Pflegestätte“ genannt — errichtet ... Dies gilt zunächst auch für die Landwirtschaft, in der „Ausländerkinder-Pflegestätten“ gegebenenfalls unter Anlehnung an die Ausländerunterkünfte eines Grossbetriebes für die Ausländerkinder des gesamten Dorfes zu schaffen sind.“

Aus: Heimatgeschichtlicher Wegweiser Niedersachsen I S. 77 f.

22.9.86

Die IG Metall bringt Licht in eines der dunkelsten Kapitel der Stadtgeschichte

Während des Krieges versahen Tausende von Menschen in den Wetzlarer Betrieben Sklavenarbeit

Die Zwangsarbeiter waren in fast fünfzig Lagern untergebracht / Heute Eröffnung einer Ausstellung im Stadthaus

Wetzlar, Sommer 1942. Faschisten haben in Europa die Sklavenarbeit wiedereingeführt. Tomasz Kiryflow ist auf dem Weg nach Westen. Die SS hat den 17-jährigen in seinem Heimatort Glubokoje im westlichen Belorussland mit zahlreichen anderen Altersgenossen in Eisenbahnwaggons gepfercht. Tagelang ist der Zug unterwegs. Dann kommt der Befehl auszusteigen. Die auf dem Bahnsteig hängende Tafel verkündet mit schwarzen gotischen Buchstaben die vorläufige Endstation der Reise ins Unge- wisse: Wetzlar an der Lahn.

Tomasz Kiryflows erster Eindruck ist positiv. Die hohen mehrstöckigen Häuser gefallen ihm. Nie zuvor hat er aus der Nähe eine so schöne Stadt gesehen. Über die breiten Asphaltstraßen eilen Autos, Motorräder und Fahrräder. Auf den Gehwegen drängen sich gut gekleidete Passanten. Die Geschäfte haben große Schaufenster.

Doch der Schein trügt. Nach kurzem Fußweg durch Wetzlar kommen die jugendlichen Russen hinter Stacheldraht. In dem Lager am Taubenstein beziehen sie primitive Baracken. Tomasz Kiryflow ist »Ostarbeiter«. Nach der Besetzung seiner Heimat durch deutsche Truppen hat man ihn an die Lahn geschickt, um in kriegswichtigen Betrieben die Produktion für das Tausend-jährige Reich aufrechtzuerhalten. Der Junge wird in der Firma Pfeiffer Apparatebau eingesetzt, steht an der Drehbank und hilft mit, Teile für Flugzeugmotoren herzustellen. Zwölf Stunden am Tag, sechs Tage in der Woche.

Das gleiche. Bewaffnete Wachleute begleiten die jungen Russen durch die Stadt. Auch Tomasz Kiryflow muß das hellblaue Stoffstück mit dem weißen Rand und der Aufschrift »OST« tragen. Auf dem Bürgersteig vorübergehende Menschen sehen ihn verächtlich an, Feindseligkeit schlägt ihm entgegen...

Die Verpflegung ist schlecht, meist gibt es Kohlrübensuppe. Ab und zu gelingt es dem jungen Russen, das Lager am Taubenstein heimlich zu verlassen und sich ein paar Lebensmittel zu organisieren, oder mit Leidensgenossen zusammenzutreffen. Davon gibt es in der Domstadt genug.

Als die Geheime Staatspolizei wenige Monate vor dem Ende des faschistischen Größenwahns

Bilanz zieht, registriert sie im Kreis Wetzlar 8777 Ausländer. Es sind vor allem Russen, Polen, Franzosen, Belgier, aber auch Holländer und Italiener. Als Zwangsarbeiter haben Wehrmacht und SS sie an Lahn und Dill verschleppt. In fast fünfzig Lagern rund um Wetzlar werden sie untergebracht.

Buderus, Leitz, Hensoldt, Pfeiffer..., es gibt kaum Betriebe, die in diesen Kriegsjahren ihre Produktion nicht auf Zwangsarbeit bauen. Die Geschäfte gehen gut. Die Front braucht Nachschub. Zwangsarbeiter sind günstig zu haben. Sie erhalten offiziell etwa die Hälfte des Lohnes eines deutschen Arbeiters, doch davon geht ein großer Teil für Essen und Unterkunft ab. Genauer gesagt für Kohlrübensuppe und eine verlaute Holzpritsche hinter Stacheldraht. Nur Pfennige bleiben übrig. Die Betriebe zahlen eine Ostarbeiterabgabe an das Hitler-Regime.

Die Arbeitsamtsbezirke Wetzlar und Dillenburg sind vorn: Die Betriebe in ihrem Bereich haben den höchsten Zwangsarbeiteranteil im Gau Hessen-Nassau. Während der Nachschub an den Fronten problematisch wird, herrscht bis kurz vor Kriegsende kein Mangel an »Menschenmaterial« für die Rüstungsproduktion.

Auch Wetzlarer Großbetriebe haben ihre Lobbyisten in der Reichshauptstadt. Wo immer eine Stadt von der Wehrmacht eingenommen wird, wittern sie ihre Chance. So kündigt der Agent eines Wetzlarer Betriebes nach den Kämpfen um Charkow an, daß bald mit dem Einsatz von weiteren Arbeitern aus dieser Gegend in Wetzlar zu rechnen sei.

Die Herrenrasse hat beschlossen, die Völker des Ostens zu versklaven, für den Endsieg einzusetzen, sie durch Arbeit zu vernichten. Fünf Millionen Zwangsarbeiter rekrutieren SS und Wehrmacht. Es gab in Wetzlar keine kleinen Konzentrationslager. Die Russen, Polen, Franzosen und all die anderen sollten arbeiten, nicht sterben.

Doch der Weg in das KZ ist kurz, auch für Tomasz Kiryflow. Sein Chef bezichtigte ihn bald der Sabotage in der Rüstungsproduktion und antifaschistischer Propaganda. Die Gestapo bringt den Russen zunächst in das berühmte Arbeitserziehungslager Frankfurt-Heddernheim und schließlich in das KZ Buchen-

wald.

Tomasz Kiryflow hatte Glück, er kam frei, kämpfte im Alter von 19 Jahren als Partisan in Frankreich und kehrte nach dem Krieg in die Heimat zurück. Er lebt und hat seine Wetzlarer Erlebnisse in einem Buch veröffentlicht. »Und ihr werdet doch verlieren« heißt das in Polen und der DDR erschienene Werk.

Vielleicht wird Tomasz Kiryflow Wetzlar noch einmal sehen. Die Industriegewerkschaft Metall hat ihn zu einem Besuch in der Domstadt eingeladen. Er soll von seiner Sklavenarbeit erzählen. Sein Schicksal und das vieler tausend Leidensgenossen wird von heute bis Freitag in einer Ausstellung der IG Metall im Stadthaus am Dom dokumentiert.

Eineinhalb Jahre haben Dr. Witich Roßmann, Reinhard Jahn und Klaus Lohnstein die Situation ausländischer Zwangsarbeiter in Wetzlar erkundet. »Verschleppt, entrechtet, ausgebeutet« ist der Titel der Dokumentation, die heute um 16 Uhr im Stadthaus eröffnet wird. Es ist die wohl bedeutendste Ausstellung über eines der düsteren Kapitel heimischer Wirtschafts- und Stadtgeschichte.

Eine Ausstellung, die zu vielen Fragen provoziert: Nichts erinnert mehr an die Arbeitslager und das Leben der Zwangsarbeiter. Warum? Haben die heimischen Betriebe jemals daran gedacht, sich für die profitbringende menschenverachtende Ausbeutung zu entschuldigen, oder ihre Arbeitssklaven zu entschädigen...? **Rüdiger Kreissl**



Wetzlar in den vierziger Jahren. Zwangsarbeiterinnen ziehen auf dem Weg in ihr Lager durch die Domstadt.

Gedenkstätte erinnert an NS-Lager Heddernheim

Die Bauarbeiten sind bis November abgeschlossen

Auf dem Gelände des ehemaligen Arbeits- und Erziehungslagers in Heddernheim entsteht zur Zeit eine kleine Gedenkstätte, die an die Grausamkeiten, die an diesem Ort von den Nationalsozialisten begangen wurden, erinnern soll. Hier, in einer Senke zwischen Zeilweg und Oberschelder Weg wurden Menschen zusammengepfercht und gequält, die „Feindsender“ gehört oder Anti-Hitler-Parolen gemalt haben. Es war unter den vielen Fremdarbeiter-, „Ostarbeiter“- und Kriegsgefangenenlagern das einzige Gestapo-Lager auf Frankfurter Boden, in dem es auch zu Exekutionen kam.

Vor mehr als drei Jahren hatte der Ortsbeirat eine Erinnerungsstätte angeregt. Doch der Magistrat hielt den Vorschlag damals „für nicht empfehlenswert“ und wollte lieber Gras über das stadteigene Gelände wachsen lassen. Nach einem Anruf beim Stadtarchiv, daß über keine gesicherten Erkenntnisse über die Existenz des Heddernheimer Lagers verfügte, war die Angelegenheit zunächst erledigt.

Selbst die CDU-Fraktion hatte für das Anliegen des Ortsbeirates mehr Verständnis. Als die Sozialdemokraten wenig später den Antrag stellten, fundierte Forschungen über das Arbeits- und Erziehungslager in Heddernheim, aber auch

über alle anderen Lager, die es während der Nazi-Zeit gegeben hat, anzustellen, stimmten die Christdemokraten zu.

Auch waren sich die Parteien einig, daß erst nach Abschluß der Forschungsarbeiten entschieden werden sollte, welche Standorte sich für eine zentrale Gedenkstätte und andere Erinnerungsstätten eignen.

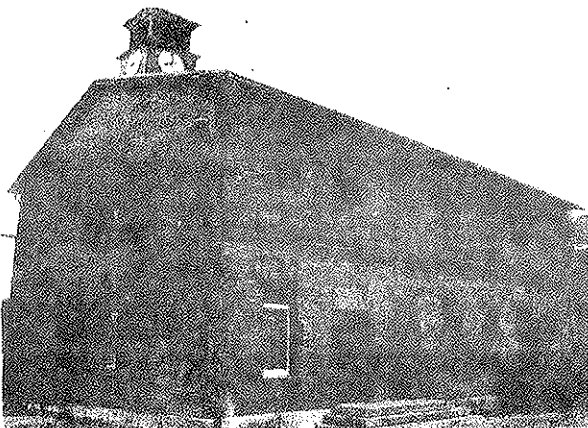
Mittlerweile sind diese Forschungen abgeschlossen. Das Ergebnis ist eine 27 Seiten lange Broschüre plus Quellenmaterial, die dieser Tage dem Kulturausschuß zugehen wird, und die anschließend jedem interessierten Bürger zur Einsicht zur Verfügung gestellt werden

(72, 10. 10. 86)

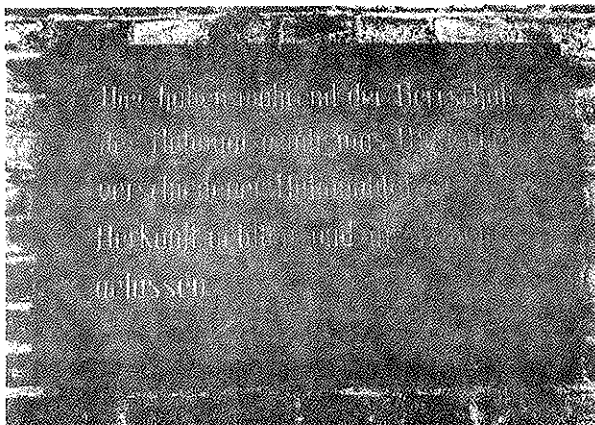
kann, wie das Kulturamt versicherte. Der Titel lautet: „Das Arbeitererziehungslager Heddernheim unter Berücksichtigung anderer Arbeitslager“. Die Broschüre wurde auf der Grundlage von Archivmaterial und Berichten von Zeitzeugen zusammengestellt.

Noch bevor die Entscheidung über die zentrale Gedenkstätte gefallen ist, soll nun in Heddernheim für rund 55 000 Mark eine Erinnerungsstätte entstehen. Vorgesehen ist, die noch vorhandenen Gemäuer, die früher vermutlich als Arrestzellen dienten, zu befestigen, Schutt und Abfall zu entfernen und die Vergitterungen an Fenster und Tür zu erneuern. Davor ist ein Platz mit zwei Bänken geplant, auf dem zwei Tafeln aufgestellt werden, die über das ehemalige Lager informieren. Die auffällige Treppe zum Zeilweg wird saniert und ein Weg angelegt. Im November sollen alle die Arbeiten, mit denen bereits begonnen wurde, abgeschlossen sein, erklärte Kulturdezernent Hilmar Hoffmann.

Für die zentrale Gedenkstätte hat der Magistrat noch keine konkreten Vorstellungen entwickelt. Hoffmann wird darüber „in nächster Zeit“ ein Gespräch mit dem Oberbürgermeister Wolfram Brück führen. Die Sozialdemokraten hatten schon vor längerer Zeit das Haus in der Lindenstraße 27 vorgeschlagen, in dem während der NS-Zeit die Gestapo-Zentrale untergebracht war.



Das ehemalige Hinrichtungsgebäude im Hof der JVA bleibt nun doch erhalten und soll in Zukunft eine Gedenkstätte für die hier im „Dritten Reich“ hingerichteten Menschen beherbergen. Der dafür vorgesehene Raum wird allerdings nur begrenzt zugänglich sein.



Diese Tafel an der Außenwand des Hinrichtungsgebäudes ist zur Zeit der einzige Hinweis darauf, daß hier zwischen 1933 und 1946 über 2000 Menschen durch den Henker gestorben sind. Foto: Archiv

Proteste aus ganz Europa hatten Erfolg:

Gedenkstätte wird in der JVA eingerichtet

Die im April getroffene Entscheidung des Justizministeriums wurde erst jetzt der Öffentlichkeit bekannt

Die ehemalige Hinrichtungsstätte in der Wollenbühlener Justizvollzugsanstalt wird entgegen der ursprünglichen Planung des niedersächsischen Justizministeriums doch nicht abgerissen. Dies ist der Inhalt einer Presseerklärung des Sprechers des Fachausschusses Richter und Staatsanwälte in der OTV Niedersachsen, Dr. Helmut Kramer, und des Gewerkschaftssekretärs der OTV-Bezirksverwaltung Niedersachsen, Norbert Ohnesorg.

In einem Gespräch mit der „WZ“ erklärte Kramer am Dienstag, seiner Meinung nach sei es zu dem Sinneswandel im Justizministerium gekommen, weil massive internationale Proteste aus nahezu allen Ländern Europas unter anderem auch bei Bundespräsident von Weizsäcker eingegangen seien. Die gewerkschaftlich organisierten Juristen wollen nun im Sinne der Zusage des Bundespräsidenten vom 24. Juni, wonach „die ehemalige Hinrichtungsstätte in einen würdigen Zustand versetzt werden“ soll, auf die Landesregierung einwirken.

Eingehende Nachforschungen der „WZ“ bei den verschiedensten Stellen ergaben ein verwirrendes Bild von sehr unterschiedlichen und sich zum Teil widersprechenden Informationen.

Dr. Manfred Endler, Pressesprecher des niedersächsischen Justizministers, erklärte am gestrigen Mittwoch, es ste-

he bereits seit Ende April fest, daß die ehemalige Hinrichtungsstätte erhalten bleibe und in einen würdigen Zustand versetzt werde.

Ein Schreiben entsprechenden Inhalts sei an zahlreiche Organisationen im In- und Ausland, die gegen den angeblich geplanten Abriss protestiert hatten, gesandt worden. Es habe sich hauptsächlich um Angehörige der damals hingerichteten und ehemaligen Widerstandskämpfer gehandelt.

Im übrigen sei eine endgültige Entscheidung über einen Abriss nie gefallen. Minister Remmers sei sich der historischen Bedeutung des Ortes jederzeit bewußt gewesen, unverbindliche Erwägungen seien ausschließlich auf die Einwände der am geplanten Neubau eines Wirtschaftsgebäudes beteiligten Architekten zurückzuführen.

Diese Äußerungen Endlers stehen im Widerspruch zu dem, was im Frühling vergangenen Jahres durch mehrere überregional erscheinende Medien an die Öffentlichkeit gelangt war. So berichtete unter anderem die „Frankfurter Rundschau“ in ihrer Ausgabe vom 12. April 1985 unter ausdrücklicher Berufung auf das niedersächsische Justizministerium, der Abriss der ehemaligen Hinrichtungsstätte sei geplant, und möglicherweise werde später zum Gedenken an die Hingerichteten in der Anstaltskirche eine Tafel angebracht. Dafür gebe es aber noch keine konkreten Pläne.

Der Kulturausschuß der Stadt Welfenbühl hat sich lange Zeit vehement für den Erhalt des Gebäudes und für die

Herrichtung einer schlichten Gedenkstätte eingesetzt. Nach den Worten des Kulturamtsleiters Dieter Giesecke hatte man aber „zwischenzeitlich auch schon mal resigniert, ohne die Hoffnung völlig aufgegeben zu haben“.

Giesecke war gestern von der Mitteilung über den Erhalt des Gebäudes ebenso überrascht wie Stadtdirektor Helmut Riban, der die Tatsache als erfreulich bezeichnete, aber bisher noch nichts darüber gehört hat.

Der einzige, dem die neuere Entwicklung bekannt war, ist der Leiter der Justizvollzugsanstalt, Eike Arnold. Er bestätigte die Äußerungen Dr. Endlers und erklärte, daß er Ende April vom Justizministerium informiert worden sei und sich über die Ausgestaltung eines Gedenkraumes im Innern des historischen Gebäudes Gedanken machen sollte. Dieser Raum solle jedoch nicht für die Allgemeinheit, sondern nur für die Angehörigen ehemaliger Opfer zugänglich sein, da sonst die Arbeit in der JVA zu sehr belastet würde.

Arnold sagte gestern, er habe den Stadtdirektor am 5. Mai des Jahres darüber unterrichtet, worauf dieser die Ansicht vertreten habe, daß die von der Stadt vorgesehene Gedenktafel vor dem Haupteingang der JVA damit überflüssig geworden sei. Arnold will sich in nächster Zeit im Niedersächsischen Staatsarchiv nach geeigneten Dokumenten für die Gedenkstätte im ehemaligen Hinrichtungsgebäude umsehen.

Dr. Kramer erklärte gestern, die in der Gewerkschaft OTV organisierten Juristen hätten nach einem scharfen

Angriff auf das niedersächsische Justizministerium, der im August im Mitteilungsblatt des Fachausschusses Richter und Staatsanwälte in der OTV veröffentlicht worden war, von der vor einem halben Jahr getroffenen Entscheidung für die Erhaltung des Hinrichtungsgebäudes erfahren.

Kramer sagte dazu gegenüber der „WZ“: „Ich bedaure es, daß das Ministerium – und sei es auch nur um das Gesicht zu wahren, nachdem die Peinlichkeit des Abrissvorhabens bewußt wurde – die im April getroffene Entscheidung für den Erhalt nicht der Öffentlichkeit bekannt gemacht hat.“

dk

André Kaminski liest

Am morgigen Freitag, 20. Uhr, liest André Kaminski in der Buchhandlung Steuber, Am Alten Tore 5, aus seinem neuen Buch „Nächstes Jahr in Jerusalem“. In seinem ersten Roman erzählt der Autor mit viel Schwung die Geschichte seiner Vorfahren von der Jahrhundertwende bis ins Jahr 1919.

BDH hat Versammlung

Nächste Versammlung des Bundes Deutscher Hirnbeschädigter ist am Freitag, 10. Oktober, 17 Uhr, in den Räumen des Harzklubs im Schloß. Es geht um den Stand der Gesetzgebung im Sozialrecht sowie um die Bundestagung in Hamburg. Ferner gibt es Diskussionsführungen unter den Themen „Schlüssel in Frankreich“ und „Bummel durch Paris“.

Heiner Lichtenstein

Köln, am 10.9.86

nur noch als Anschrift für alles:

WDR, Postfach

5000 Köln 1

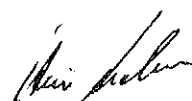
Holocaust und Rotes Kreuz

Liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Freunde,
die Untersuchung über die Rolle der Reichsbahn bei den Todestransporten hat einiges bewirkt und an dem Thema Interesse geweckt. Ich fange nun damit an, die Rolle des Roten Kreuzes zu behandeln. Es geht um Fragen wie, was das RK vom Holocaust wußte, ob etwas unternommen wurde, um Menschen zu retten und wie das Deutsche Rote Kreuz in den NS-Apparat integriert war. Dazu brauche ich wieder die Zeitzeugen. Deshalb wäre ich dankbar, wenn Sie möglichst bald in den redaktionellen Teil diese kleine Bitte einrücken könnten:

ROTES KREUZ UND HOLOCAUST

Ein Freund unserer Zeitung ist damit beschäftigt zu untersuchen und zu schildern, welche Rolle das Rote Kreuz in der Nazizeit gespielt hat. Es geht um Fragen wie diese: Was wußte das RK vom Holocaust und den Vernichtungslagern? Was wurde getan, um Menschen zu retten? Gab es Widerstand? Wo hat das RK erfolgreich Menschen vor der Vernichtung bewahrt? Haben Delegationen, die KZs besuchten, sich bemüht, die Wahrheit herauszubekommen? Wer dazu Dokumente, Fotos oder Erinnerungen hat, ist herzlich gebeten, sich mit der Redaktion in Verbindung zu setzen, damit der Kontakt zu unserem Freund hergestellt werden kann. Da die Publikation bald erscheinen soll, ist die Sache eilig.

Herzlichen Dank Ihr





Holocaust Memorial Foundation Of Illinois

4255 West Main Street, Skokie, Illinois 60076 | 677-4640

President
Erna I. Gans

THE HOLOCAUST MEMORIAL FOUNDATION OF ILLINOIS IS PRIMARILY AN EDUCATIONAL FOUNDATION. IT SEEKS TO INFORM THE PUBLIC AND THE EDUCATIONAL PROFESSION ABOUT A SUBJECT THAT IS CONSTANTLY IN THE NEWS, BUT ABOUT A CRUCIAL EVENT OF WHICH SO MANY PEOPLE KNOW SO LITTLE...

During its brief existence, the Holocaust Memorial Foundation has accomplished an impressive variety of educational projects and activities:

1. The Foundation has sponsored courses for college credit at Roosevelt, Loyola and Northwestern Universities.
2. The Foundation co-sponsored a course for teachers in conjunction with the Board of Jewish Education of Metropolitan Chicago.
3. The Foundation co-sponsored a course for teachers with the Ann Blitstein Institute of Hebrew Theological College.
4. The Foundation has a dedicated group of dynamic and experienced speakers who appear at high schools, colleges, synagogues, churches, and community centers. They speak at various functions and assemblies. They are constantly in demand for their informative and moving presentations.
5. The Foundation has inspired the creation of two outstanding Oral History video tapes, "Voices" - Memories of Chicago Holocaust Survivors and "Opening the Gates of Hell" - Memories of Chicago Area Camp Liberators. These video tapes have been shown to a wide variety of educational institutions and groups and have received wide acclaim.
6. The Foundation continues to tape survivor and liberator testimonies.
7. The Foundation created a five day course of Holocaust Studies for High Schools.

In view of these great accomplishments, the Foundation has great plans to further its educational purposes:

The Foundation intends to sponsor courses for teachers at large and other interested parties on a regular basis, one beginning October 1986, which will include a comprehensive study of the Genocide that accompanied the Holocaust.

It intends to put together educational packets of curricula and reading materials that will be suitable for high school and college teachers, and that will be formulated so as to be useful and convenient for classroom teaching. This will give a large number of teachers an incentive to use this material in either units or courses on the Holocaust.

Finally, the Foundation aims to extend the existing basic library of Holocaust studies to which teachers particularly can turn for resources to both study and teach the Holocaust, and thus it becomes a student and teacher resource center.

EDUCATIONAL DIRECTOR, DR. LEON STEIN CO-DIRECTOR, DR. ELLIOT LEFKOWITZ

E Veranstaltungen16.-18. Januar 1987 Evang. Akademie Mülheim/Ruhr

Vom 16.-18. Januar findet in der Ev. Akademie eine Tagung in Zusammenarbeit mit Aktion Sühnezeichen und einigen Gedenkstätten zu dem Thema "Erinnerung an die Vergangenheit bestimmt die Zukunft".

Um eventuellen Verwirrungen vorzubeugen, möchte ich dazu erklären, daß es sich hierbei nicht um ein Seminar zum Austausch zwischen Gedenkstättenmitarbeitern handelt. Vielmehr soll in Mülheim versucht werden, "Multiplikatoren" an die Gedenkstättenarbeit heran zu führen.

Gedenkstättenseminar Mai '87 in Drütte

Auf dem letzten Gedenkstättenseminar in Bonn haben sich die Teilnehmer dafür ausgesprochen, daß kommende Seminar in Drütte/Salzgitter durchzuführen. Es soll voraussichtlich zwischen dem 28. und 31. Mai stattfinden und inhaltlich die Thematik Industrie/Zwangsarbeiter behandeln.

F Literaturhinweise

1999 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts geht aus den »Mitteilungen« der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik hervor. Ihr erweiterter Themenkreis trägt der Umgründung dieser Dokumentationsstelle zur Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte des 20. Jahrhunderts Rechnung. Sie wird einerseits die Tradition der »Mitteilungen« fortsetzen, die verdrängte nationalsozialistische Vergangenheit zu erforschen, andererseits wird sie die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung mit zeitgeschichtlichen Zusammenhängen konfrontieren.

1999 will dazu beitragen, den Rahmen hiesiger Zeitgeschichtsforschung zu sprengen. Sie wird den chronologischen Schematismus verlassen, der eine explosive Etappe der jüngsten Geschichte diesseits und jenseits der Jahre 1933 und 1945 ausgrenzt. Sie wird sich der Aufklärung der internationalen Zusammenhänge widmen, in die der Nationalsozialismus hineinwirkte und bis heute hineinwirkt. Sie wird eine Ära zur Diskussion stellen, die durch Massenvernichtung »modernisierte« und durch »Modernisierung« massenhaft vernichtete.

1999 wird regelmäßig historische Dokumente und kritische Streitgespräche veröffentlichen. Die Zeitschrift wird für politisch Interessierte, Arbeitskreise, Lehrer, Journalisten und Wissenschaftler einen Gebrauchswert haben, weil unbekannte Archivmaterialien und kritische Literaturübersichten publiziert werden, weil umstrittene Bücher besprochen werden und auf entlegene Publikationen aufmerksam gemacht wird.

1999 Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts

Herausgeber und Verlag Hamburger Stiftung für Sozialgeschichte
des 20. Jahrhunderts
Mittelweg 36; 2000 Hamburg 13

Verantwortliche Redakteurin Dr. Angelika Ebbinghaus
Anschrift der Redaktion:
Mittelweg 36; 2000 Hamburg 13
Tel.: 040/41 40 9792

Vertrieb inter abo Betreuungs-GmbH, Wendenstraße 25,
2000 Hamburg 1, Tel.: 040/23 09 92

Erscheinungsweise vierteljährlich (1.1.; 1.4.; 1.7.; 1.10.)

Preis Einzelheft: DM 14,- frei Haus
Abonnement: DM 12,- frei Haus

Inhalt 1. Jahrgang 1986. Heft 1:
Kolumne Vierzig Jahre danach
Friederike Littmann Vom Notstand eines Haupt-
tätlers: Zwangsarbeit im Flick-Konzern
Dokument Atomtests und amerikanische Haupt-
arstrategie von 1947
der Naturwissenschaften
Gerta Freise Die »Natur der Frau« und die Natur
Karl Heinz Roth Psychosomatische Medizin und
»Euthanasie«
Der Fall Viktor von Weizsäcker
Kritik Bücher / Literaturübersichten /
Filme / Tagungen

E Literaturhinweise

- Walter Krämer: Von Siegen nach Buchenwald (Verlag der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit, Burgstr. 21, 59 Siegen).
- Fröbe, Rainer, u.a.: Konzentrationslager in Hannover, 2 Bde., Verlag August Lax, Hildesheim, 1985.
- Gerhard Hoch, u.a.: Verschleppt zur Sklavenarbeit, Alveslohe und Nützen, 1985 (Buchstr. 2, 2081 Alveslohe).
- D. Müller: Und Gott wird trocknen alle Träume, Kiepenhauer und Witsch.
- H. Simon-Pelanda, u.a.: Regensburg 1933-45, eine andere Stadtführung (Schriften der Geschichtswerkstatt Regensburg und Ostbayern 1984).
- Jürgen Raabe: Zwangarbeit in der Kurhessischen Kupferschieferbergbau Sontra 1940-1945, Kassel 1986 (Verlag Gesamthochschulbibliothek).
- Bernhard Sinkel: Väter und Söhne Frankfurt, 1986 (Athenäum).
- Saul Friedländer: Der Widerschein des Nazismus als politisch-ästhetisches Phänomen unserer Zeit", dtv 10621.
- Peter Sutter: Der sinkende Petrus, Rickling 1933-1945, Rickling 1986 (Kirchweg 1a, 2351 Rickling).
- Eberhard Jäckel, u.a.: Der Mord an den Juden im II. Weltkrieg, Stuttgart 1985 (DVA).
- Spuren der Vernichtung - "Euthanaise" und Faschismus in Österreich, in: LOS, Nr. 10, Febr. 1986 (Bestellungen: Harald Grillnberger, Ferihumerstr. 39, A-4040 Linz).
- Hans-Uwe Otto, u.a.: Soziale Arbeit und Faschismus (Bestellungen: K. Böllert KT-Verlag, Postfach 1406, 4800 Bielefeld).
- Martin Rudnik: Behinderte im Nationalsozialismus, Weinheim und Basel, 1985 (Beltz).
- Ernst Klee: Was sie taten - was sie wurden, Frankfurt, 1986.
- AG Bremer Geschichtsgruppen: Entdeckte Geschichte - Bremer Stadtteile/Betriebe und ihre Geschichte (Verlag: Atelier im Bauernhaus, 2802 Fischerhude).
- Christoph U. Schminck-Gustavus: Das Heimweh des Walerian Wrobl. Ein Sondergerichtsverfahren 1941/42, Bonn 1986 (J.H.W. Dietz Nachf.).

Henry Friedlander and Sybil Milton (editors).

THE SIMON WIESENTHAL CENTER ANNUAL

is the first and foremost serial publication in the United States to focus on the scholarly study of the Holocaust. The editors' definition of the Holocaust in its widest context includes: Nazi Germany and the Final Solution, 1933-1945; European Jewry during World War II; Refugees, Rescue, and Immigration; Displaced Persons and Postwar Trials; and Modern Antisemitism.

"This annual is fascinating, horrifying, and informative. It assumes prior knowledge of the Holocaust, but even general readers may not be able to put it down. College and university libraries should place a standing order now."

—Choice, January 1985

NOW AVAILABLE:

Volume 3 of this multi-disciplinary Annual consists of nine articles and twelve review essays on a wide range of topics.

ARTICLES:

- ALOIS BRUNNER: "EICHMAN'S BEST TOOL." *Mary Feldman (San Francisco)*
- NAZI CRIMINALS IN THE UNITED STATES: DENATURALIZATION AFTER FEDORENKO. *Henry Friedlander (New York) and Earlean M. McCarrick (College Park, MD)*

- WRITERS IN EXTREMIS. *Guy Stern (Detroit)*

- TRAPPED IN FRANCE: A CASE STUDY OF FIVE GERMAN JEWISH INTELLECTUALS. *Helmuth F. Pfanner (Durham, NH)*

- RABBIS' RELIEF AND RESCUE: A CASE STUDY OF THE ACTIVITIES OF THE VAAAD HA-HATZALA (RESCUE COMMITTEE) OF THE AMERICAN ORTHODOX RABBIS, 1942-1943. *Efraim Zuroff (Jerusalem)*

- PHILIP S. BERNSTEIN: ADVISER ON JEWISH AFFAIRS, MAY 1946-AUGUST 1947. *Haim Genizi (Israel)*

- BLACK AMERICANS' REACTION TO THE PERSECUTION OF EUROPEAN JEWS. *Bat-Ani Zucker (Israel)*

- AUSTRIAN JEWISH WRITERS SINCE WORLD WAR II. *Dagmar C.G. Lorenz (Columbus, OH)*

- HITLER'S RACIAL IDEOLOGY: CONTENT AND OCCULT SOURCES. *Jackson Spielvogel (University Park, PA) and David Redles (University Park, PA)*

REVIEW ESSAYS:

- LANZMANN'S "SHOAH" AND ITS AUDIENCE. *Ruth K. Angress (Irvine, CA)*

- KLAUS BARBIE, THE UNITED STATES GOVERNMENT, AND THE BEGINNINGS OF THE COLD WAR. *George O. Kent (College Park, MD)*

- WHAT SHOULD AMERICAN JEWS HAVE DONE TO RESCUE THEIR EUROPEAN BRETHREN? *Leonard Dinnerstein (Tucson, AZ)*

- THE REVISED HILBERG. *Christopher R. Browning (Tacoma, WA)*

- ORDER AS A PREMISE FOR DESTRUCTION. *Michael H. Kater (Toronto)*

- PHOTOGRAPHS OF THE WARSAW GHETTO. *Sybil Milton (New York)*

- PRIMO LEVI IN ENGLISH. *Ruth K. Angress (Irvine, CA)*

- POPULAR CULTURE ON NAZI GERMANY. *Robert S. Wistrich (Jerusalem)*

- HOW AMERICA ABANDONED THE JEWS IN WORLD WAR II. *Stephen E. Ambrose (New Orleans)*

- INTELLECTUAL MIGRATION. *Uwe K. Faulhaber (Detroit)*

- EXILE ON THE HUDSON. *Guy Stern (Detroit)*

- THE NATURE OF EVIDENCE FOR INTERGENERATIONAL EFFECTS OF THE HOLOCAUST. *John J. Sigal (Montreal)*

ALSO AVAILABLE:

Volume 2 of the *Simon Wiesenthal Center Annual* consists of eight articles and six review essays.

ARTICLES:

- NISKO: THE FIRST EXPERIMENT IN DEPORTATION. *Jonny Maier (Vienna)*

- THE FORGOTTEN PART OF THE "FINAL SOLUTION": THE LIQUIDATION OF THE GHETTOS. *Wolfgang Scheffler (Berlin)*

- JEWISH U-BOOTE IN AUSTRIA, 1938-1945. *C. Guy Maier (College Park, MD)*

- NAZI CRIMINALS IN THE UNITED STATES: THE FEDORENKO CASE. *Henry Friedlander (New York) and Earlean M. McCarrick (College Park, MD)*

- THE BURNING OF THE BOOKS IN NAZI GERMANY, 1933: THE AMERICAN RESPONSE. *Guy Stern (Detroit)*

- THE SEARCH FOR THE SILVER LINING: THE AMERICAN ACADEMIC ESTABLISHMENT AND THE "ARYANIZATION" OF GERMAN SCHOLARSHIP. *Karen J. Greenberg (New Haven)*

- PRESSING AT THE LIMITS: THE CHALLENGE OF THE HEBREW COMMITTEE OF NATIONAL LIBERATION TO CHEMICAL WARFARE POLICY. *John Ellis van Courtlandt Moon (Boston)*

- HOLOCAUST NUMISMATICS. *Joel J. Forman (Los Angeles)*

REVIEW ESSAYS:

- DISCUSSING HOLOCAUST LITERATURE. *Ruth K. Angress (Princeton, NJ)*

- REFUGEES AND SURVIVORS: THE NEW WORLD. *David S. W.*

- UNDERSTANDING. *H. Kater (Toronto)*

- HOW PC. *H. Michael H. Kater*

- J. *KRAUS INTERNATIONAL PUBLICATIONS*

- PR. *A Division of Kraus-Thomson Organization Limited*

- HELFA. *One Water Plains, N.Y. 10601*

- OR TRAGIC HERITAGE. *Jonathan*

- HELFA. *White Plains, NY*

- HELFA. *White Plains, NY*

- HELFA. *White Plains, NY*